

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DURCH WIRTSCHAFTLICHE PLANUNG

Ein sozialistischer Beitrag zur Debatte über ökologische Nachhaltigkeit

Pete Dickenson, London im August 2002



MIT EINEM NACHWORT ZUM THEMA
„MARXISMUS UND UMWELT“ VON SONJA GRUSCH

Herausgegeben von der Sozialistischen LinksPartei (SLP)

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DURCH WIRTSCHAFTLICHE PLANUNG

Ein sozialistischer Beitrag zur Debatte über ökologische Nachhaltigkeit

Pete Dickenson, London im August 2002

Mit einem Vor- und einem Nachwort von Sonja Grusch

Herausgegeben von der
Sozialistischen LinksPartei (SLP)

1. Auflage
Wien, Dezember 2003

AutorInnen: Pete Dickenson, London; Sonja Grusch, Wien

Grafikkonzept, Layout und Umbruch: Harald Mahrer, SLP, Wien

Covergestaltung: Harald Mahrer, SLP, Wien

Titelbild (Grafische Montage & Zeichnung): Harald Mahrer, SLP; Wien

Titel gestaltet unter Verwendung des Linolschnitts "Technocrats" von Harald Mahrer aus 1994.

Gesetzt aus Garamond in den Schnitten Light, Book und Bold Small Caps und in den Größen 10 pt, 12 pt und 14 pt. Seitenproportion nach Jan Tschichold 2:3, 16-Teilung.

Impressum:

Herausgeberin, Medieninhaberin und Verlegerin:

Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien

Herstellungs- und Verlagsort: Wien

Druck: Eigenvervielfältigung

VORWORT

Die vorliegende Broschüre befasst sich mit dem Themengebiet Ökologie, Nachhaltigkeit und Marxismus. Der Beitrag von Pete Dickenson wurde am Vorabend des "Weltgipfels" in Johannesburg 2002 verfasst, analysiert die Ursachen und das Ausmaß der Umweltzerstörung auf dem ganzen Erdball und fragt nach dem Weg vorwärts. "Nachhaltige Entwicklung durch wirtschaftliche Planung" ist ein Beitrag von Pete Dickenson zur Debatte um ökologische Nachhaltigkeit.

Der Autor ist Forscher und Dozent für Umweltmanagement und Osteuropäische Studien an einer Universität in Großbritannien. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit den Auswirkungen der Restauration des Kapitalismus auf die frühere Sowjetunion. Pete ist außerdem seit langem Mitglied der Socialist Party, der Sektion des CWI in England and Wales.

Pete macht klar das anarchische Marktsystem des Kapitalismus als den Hauptschuldigen bei der Zerstörung der Ressourcen des Planeten und bei der langfristigen Bedrohung der Existenz allen Lebens aus. Er betrachtet detailliert die in der Umweltbewegung vertretenen Ideen, einschließlich der Theorien eines "stationären Marktsystems" und "harter" und "weicher" Nachhaltigkeit. Er prüft, ob die Befürworter der "Ökosozialismus"-Strömung eine Lösung bieten.

Pete umreist außerdem ein sozialistisches Programm für die Umwelt ein. Er behandelt Fragen wie: "Woher werden die Ressourcen für nachhaltiges Wachstum kommen?" und "Was sind die Lehren der Sowjetunion?". Nur eine demokratisch kontrollierte Planwirtschaft kann das Problem der globalen Erwärmung and andere Bedrohungen angehen und die Grundlage schaffen für die Beendigung von weltweiter Armut, Hunger, Krankheiten und Obdachlosigkeit.

"Nachhaltige Entwicklung durch wirtschaftliche Planung", untermauert mit Fakten und Zahlen, ist ein wichtiger Beitrag zur aktuellen Debatte über ökologische Nachhaltigkeit.

Der zweite Teil der Broschüre befasst sich mit dem scheinbaren Gegensatz von Ökologie und Marxismus. Im Gegensatz zur Behauptung, der Marxismus wäre fortschrittsverherrlichend und würde Wachstum vor Ökologie stellen, haben sich Marx und Engels bereits mit dem Thema "Nachhaltigkeit" befasst. Sie haben andere Worte benutzt sind aber doch klar für eine Gesellschaft die sich an den Bedürfnissen der Menschen - zu denen auch eine saubere Umwelt und gesundes Essen gehören - orientiert, eingetreten.

Ziel dieser Broschüre ist es den Dialog mit jenen Teilen der Umweltbewegung zu eröffnen, die sich als "links" verstehen, von "Sozialismus" bisher aber durch die Erfahrungen mit der umweltzerstörenden Praxis in den stalinistischen Staaten abgeschreckt waren. Mensch, die gegen Umweltzerstörung, gegen Armut und den globalen Kapitalismus kämpfen, stehen oft Schulter an Schulter - aber nur ein gemeinsamer Kampf für eine sozialistische Gesellschaft kann der Menschheit eine gesunden, freie und würdige Zukunft geben.

Wien, im Oktober 2003

NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DURCH WIRTSCHAFTLICHE PLANUNG

Ein sozialistischer Beitrag zur Debatte über ökologische Nachhaltigkeit

Pete Dickenson, London im August 2002

Zehntausende Delegierte werden Hunderte Millionen Dollar für Festessen beim zweiten UN-Gipfel zu nachhaltiger Entwicklung in Johannesburg, Südafrika ausgeben, eine der größten jemals abgehaltenen internationalen Konferenzen. Ein paar der beteiligten Regierungen machen kosmetische Kürzungen in ihren Delegationen und beschränken den extravaganten Konsum von Luxusgütern, um nicht in Verlegenheit zu kommen in einer Zeit, wo sich in der Region die Hungersnot ausbreitet. Aber dieser Heuchelei wird nur die Menge an heißer Luft und leeren Verpflichtungen gleichkommen, die erzeugt werden, wenn sich das Muster des ersten Weltgipfels in Rio vor zehn Jahren wiederholt. Die führenden kapitalistischen Staaten haben eine zynische Haltung zum Gipfel. Das zeigt sich darin, dass zwar 100 Staatsmänner und -frauen erwartet werden, zu ihnen aber nicht Bush, Blair, Chirac oder der japanische Ministerpräsident gehören sollen. Wenn die 65.000 Delegierten ankommen, werden sie ein Land vorfinden, das von der durch IWF, Weltbank und die westlichen Mächte aufgezwungenen neoliberalen Politik verwüstet ist, wo die Kluft zwischen den immer noch überwiegend weißen Reichen und den Armen größer als unter der Apartheid ist.

Im Vorfeld des Gipfels hätte es kaum schlechter laufen können für die, die auf eine klare Führung zur Lösung der wachsenden Umweltkrise hoffen. Monate bevor sich die Delegierten in Johannesburg versammelten machten es die führenden imperialistischen Mächte absolut klar, dass sie nicht daran interessiert sind, irgend welche bindenden Verpflichtungen einzugehen, die auch nur beginnen würden, die uns bedrohenden Umweltgefahren anzugehen. Im April erzwangen die USA mit Erfolg, dass der Vorsitzende des von der UN gesponserten regierungsübergreifenden Gremiums zum Klimawandel gefeuert wurde. Dr. Bob Watsons Verbrechen in George Bushs Augen war, die Idee zu unterstützen, dass die USA, auf deren Konto 25% aller schädlichen Emissionen gehen, mehr für die Milderung des durch die globale Erwärmung verursachten Schadens zahlen sollen als die Entwicklungsländer.

“Freiwillige Partnerschaften”

Die UNO berief in Bali Ende Mai ein Vortreffen ein, das eine Tagesordnung und einen Aktionsplan für den Johannesburg-Gipfel vereinbaren sollte. Nach dem Treffen sagte der Sprecher der Pressure Group Friends of the Earth (Freunde der Erde, FOE) International, Daniel

Mittler: "Die USA und ihre Freunde könnten genauso gut vom Mars kommen, so sehr scheren sie sich um die Zukunft unseres Planeten." Auf der Bali-Versammlung drängte die Bush-Regierung erfolgreich darauf, dass alle Umweltabkommen, gemäß ihrem neoliberalen Deregulierungsprogramm, auf "freiwilligen Partnerschaften" beruhen. Sie überzeugten auch Australien und Kanada, sich ihnen auf dem Gipfel in der Opposition gegen das Kyoto-Abkommen zur Verringerung der globalen Erwärmung anzuschließen. Während das Bali-Treffen stattfand, schüchterten die indonesischen Behörden eine Flottille von örtlichen FischerInnen ein und zwangen sie, ihren Protest gegen die von den westlichen Mächten auf dem Gipfel vertretene "Feihandels"politik aufzugeben, die ihre Lebensgrundlage zu zerstören droht.

Die Konferenz stellte eine bedeutungslose Wunschliste von Zielen für den Gipfel zusammen, die dann zu den Akten wanderte. Ein Vorschlag lautete, die Zahl der 1,2 Milliarden Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben, bis 2015 zu halbieren. Nach einem anderen sollen 2 Milliarden Menschen mit Elektrizität aus erneuerbaren Energiequellen versorgt werden. Grundlegende Gesundheitsbedürfnisse wie Impfung und Zugang zu notwendigen Medikamenten sollten allen verfügbar sein und die 2,4 Milliarden Menschen, die gegenwärtig keine ordentlichen sanitären Einrichtungen haben, sollten sie bekommen. Aber die westlichen Mächte machten im voraus klar, dass es zur Erreichung dieser Ziele kein zusätzliches Geld geben werde und dass ihre Umsetzung völlig freiwillig sein werde. Es ist zwar möglich, dass kleinere Fragen wie ein Durchgreifen gegen illegales Abholzen vereinbart werden, aber das wird nicht die Tatsache verwischen, dass die imperialistischen Länder den Weltgipfel als billige PR-Show behandeln. Selbst konservative Kommentatoren im Westen mussten diese ins Auge fallende Tatsache bestätigen.

In allen Schlüsselfragen für UmweltschützerInnen, einschließlich Finanz- und Handelsverpflichtungen, Gesundheit, Bildung, Schuldensenkung und vor allem Ziele für die Erzeugung erneuerbarer Energie, brach die Bali-Konferenz ohne Ergebnis ab. Um den Gipfel zu retten, musste Kofi Annan, der UNO-Generalsekretär für Ende Juni ein Nottreffen der Schlüsselländer, einschließlich der G8, in New York einberufen, bei dem die führenden kapitalistischen Mächte vertreten waren.

Umwelt-Pressure-Groups und AktivistInnen drängen, dass der Gipfel harte, erzwingbare Vorschriften annimmt. Der wichtigste Punkt ist für Friends of the Earth die Schaffung eines gesetzlich bindenden Vertrages nach dem internationale Firmen die besten Praktiken anwenden müssen, egal wo sie tätig sind und für ihre Umwelt- und sozialen Schäden gegenüber den BürgerInnen und Gemeinden haftbar sind. Daniel Mittler, der FOE-Sprecher hat zu Recht gesagt, dass freiwillige Partnerschaften keine nachhaltige Entwicklung bringen werden.

Kuhhandel, Hinterzimmerabkommen und Einschüchterung

Aussichten, dass bei dem Gipfel Verpflichtungen mit Biss herauskommen, gibt es praktisch nicht. Eine Erklärung, die unter anderem von Greenpeace, OXFAM und FOE vor dem Treffen in Südafrika abgegeben wurde, war klar skeptisch. Sie besagte, es sei peinlich, im Vorfeld des Gipfels zu sehen, wie verschiedene Nationen und Blöcke kleinkariert ihre eigenen engstirnigen Interessen auf Kosten der armen Völker und der Zukunft des Planeten verfolgen. Weiter erklärten sie: "Das System der Kuhhandel, Hinterzimmerabkommen und Einschüchterung durch die mächtigen Blöcke wird allgemeine Praxis bei internationalen Verhandlungen. Selten hat es so wenig an festen Ergebnissen erzeugt. Es war abstoßend zu sehen, wie Regierungen Verpflichtungen zurücknahmen, die sie vor zehn Jahren in Rio eingegangen waren..." SozialistInnen teilen zwar diese Skepsis, halten es aber für erforderlich, alle notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, die sich aus der vergangenen Erfahrung ergeben, besonders was die Rolle des kapitalistischen Markt-

systems bei der Zerstörung der Umwelt und als Haupthindernis für nachhaltige Entwicklung betrifft.

Als die Bush-Regierung in den USA das Kyoto-Abkommen fallen ließ, das die globale Erwärmung verringern sollte, waren Millionen UmweltaktivistInnen auf der ganzen Welt empört. Die Botschaft war laut und klar: die Interessen der Multinationalen Konzerne - vertreten vom Weißen Haus - haben Vorrang vor der drohenden Umweltkatastrophe, die durch Treibhausgasemissionen verursacht wird. Bushs knallharte Politik, die Profite der US-Konzerne zu verteidigen, hat die Glaubwürdigkeit internationaler Vereinbarungen zwischen rivalisierenden kapitalistischen Mächten in Frage gestellt und eine Debatte unter linken UmweltschützerInnen über den Weg nach vorne ausgelöst. Eine sozialistische Alternative zur zerstörerischen Anarchie des Marktsystems ist notwendig, die einen Weg für Umweltnachhaltigkeit ebnet. Der Ausdruck wurde definiert als Schaffung von Bedingungen, unter denen das Leben auf der Erde bis in ferne Zukunft weitergehen kann. SozialistInnen stimmen mit den meisten UmweltschützerInnen überein, dass Nachhaltigkeitsfragen nicht von wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fragen getrennt werden können. Wir denken aber, dass das Verständnis für die beteiligten Klasseninteressen zentral ist, um einen Weg vorwärts zu finden.

Die meisten UmweltaktivistInnen sehen die Verringerung von globaler Erwärmung und anderer Umweltgefahren auf nachhaltige Niveaus nicht nur als eine technische Frage, sondern in engem Zusammenhang damit, das Wirtschaftswachstum zu verringern oder rückgängig zu machen. Weil dies große Auswirkungen auf die Möglichkeit hat, Armut auf der ganzen Welt abzuschaffen, was eine Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus ist, muss eine andere Strategie erforscht werden. Ein wichtiger Aspekt dieser Debatte, der erst seit neustem in Erwägung gezogen wird, ist der Vorschlag einer Alternative zum Marktsystem, dessen ausschließliches Profitstreben die Hauptursache für unnachhaltige Umweltzerstörung ist. Obwohl der Zusammenbruch der Sowjetunion und die Umweltzerstörung in Osteuropa während der stalinistischen Periode die Idee der Planwirtschaft als Alternative zum Kapitalismus in Misskredit brachte, wird der geplante Einsatz von Ressourcen, im Vergleich zur Anarchie des "freien Unternehmertums", das Hilfsmittel sein, um das Problem der globalen Erwärmung und anderer Gefahren anzupacken. Diese Planwirtschaft, wenn sie demokratisch kontrolliert ist, ist eine Alternative sowohl zum Kapitalismus als auch zur früher in der UdSSR praktizierten Perversion des Sozialismus.

Einem Gesellschaftssystem, das auf Bedürfnissen und nicht auf Profit beruht, würden aus dem Blickwinkel des Energiesparens ungeheure Vorteile innewohnen. Zum Beispiel würden dadurch die Verdopplung von Kapazitäten, absichtlicher Verschleiß und die in großem Umfang betriebene Zerstörung von Fabriken und Maschinen in Krisen vermieden, die für das kapitalistische Profitsystem charakteristisch sind. Die Beseitigung dieser Merkmale des Systems wird beträchtliche Auswirkungen auf die Vergrößerung der Effizienz des Energiegebrauchs haben und daher die Verschmutzung verringern. Aber der größte Umweltvorteil einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Produktion von Bedürfnissen statt Profit angetrieben wird, ist die Fähigkeit, die Probleme vor denen wir stehen, in demokratischer Planung anzugehen. Dies steht im Gegensatz zu der Umweltzerstörung, die mit der Anarchie der kapitalistischen Produktion verbunden ist.

Die sich entwickelnde Weltwirtschaftskrise, vielleicht die gravierendste seit der Großen Depression, könnte die Aufmerksamkeit von den Problemen der Umwelt ablenken, weil der Ausstoß von manchen Schadstoffen entsprechend dem Rückgang der Wirtschaftstätigkeit vorübergehend fallen wird. Aber die Geschichte des Kapitalismus zeigt, dass selbst nach einer tiefen Krise mit den aus ihr entstehenden Leiden und Verwüstungen schließlich eine Erholung stattfindet und eine neue Phase von ungeplantem anarchischen Wachstum einsetzt, die zu einer weiteren Verschärfung der Umweltzerstörung führt.

Der Charakter des Problems

Außer George Bush und seinen sorgfältig ausgewählten "ExpertInnen", die für die Interessen der Ölkonzerne und anderer Multinationaler Konzerne sprechen, würden wenige bestreiten, dass uns eine Umweltkrise droht. Während es also hier nicht notwendig ist zu beweisen, dass uns eine Katastrophe droht - die Beweise sind in-zwischen zwingend -, ist es dennoch nützlich, eine schnelle Zusammenfassung der Gefahren zu geben, um die Argumente zur Nachhaltigkeit einordnen zu können.

Die Hauptsymptome und Ursachen von Unnachhaltigkeit sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Die Beseitigung der Wirkungen aller dieser Symptome wird eine enorme Aufgabe sein, etwas womit die Anarchie des kapitalistischen Markts nicht fertig werden kann. Alle Faktoren, die in Tabelle 1 gezeigt werden, stellen größere Bedrohungen der Nachhaltigkeit dar und viele von ihnen sind miteinander verbunden. Zum Beispiel trägt die Abholzung zur globalen Erwärmung bei, weil die verringerte Menge an Pflanzenwuchs nicht mehr so viel Kohlendioxid aufnehmen kann, das Haupttreibhausgas. Aus Platzmangel können nicht alle Überschriften in der Tabelle beschrieben werden. Aber drei der kniffligsten und schwierigsten Bereiche, der Treibhauseffekt, Verstrahlung durch atomare Abfälle und die Zerstörung der Ozonschicht, müssen ausführlicher erklärt werden, um das Ausmaß der Krise zu verstehen.

SYMPTOME	HAUPTURSACHEN
Verschmutzung	
Treibhauseffekt/Klimawandel	Emission von Kohlendioxid, FCKWs und Methan
Verstrahlung durch atomare Abfälle	Erzeugung von Abfallprodukten durch Atomkraftwerke
Zerstörung der Ozonschicht	Emission von FCKWs
Übersäuerung	Emission von Schwefeldioxid und Stickoxiden
Nichtatomare Vergiftung	Emission von Schwefeldioxid, Stickoxiden und Ozon
Erschöpfung erneuerbarer Ressourcen	
Artenvernichtung	veränderte Landnutzung, weiterer Klimawandel, Zerstörung der Ozonschicht
Entwaldung	veränderte Landnutzung, weiterer Klimawandel
Bodenverschlechterung	unnachhaltige landwirtschaftliche Methoden
Zerstörung von Fischgründen	Überfischung, Zerstörung von Lebensräumen
Wasserknappheit	unnachhaltige Nutzung, weiterer Klimawandel
Erschöpfung nicht erneuerbarer Ressourcen	
Verringerung verschiedener Ressourcen	Abbau und Nutzung mineralischer und fossiler Brennstoffe

Tabelle 1 Symptome und Ursachen von Umweltunnachhaltigkeit

Treibhauseffekt

Der Treibhauseffekt beruht darauf, dass gewisse Gase (z.B. CO₂) in der Erdatmosphäre durchlässiger sind für die kurzwellige Strahlung von der Sonne als für die längerwellige Rückstrahlung von der Erdoberfläche. Das Ergebnis ist, dass ein Teil der Sonnenenergie innerhalb der Atmosphäre festgehalten wird, ein ähnlicher Effekt, wie er in einem Treibhaus stattfindet. Je größer die Konzentration von Treibhausgasen wie Kohlendioxid, desto mehr Energie wird festgehalten, was zu einer tendenziellen Erhöhung der Temperatur an der Erdoberfläche führt.

Seit die industrielle Revolution vor über 200 Jahren begann, hat der Anteil von CO₂ (Kohlendioxid) in der Atmosphäre um etwa 25% zugenommen und die Konzentration von Methan, einem anderen Treibhausgas, hat sich mehr als verdoppelt. Ein wichtiger Faktor beim Ausstoß von Treibhausgasen sind auch FCKWs, die von Spraydosen freigesetzt werden. Ihr Anteil wird aber wahrscheinlich langsam sinken, weil jetzt endlich internationalen Regierungen ihre schrittweise Abschaffung in die Wege geleitet haben. Die Auswirkungen des Anstiegs der Emissionen von Treibhausgasen werden wir erst noch erleben, aber das Potenzial für eine Katastrophe ist klar vorhanden. Das regierungsübergreifende Panel zum Klimawandel (IPCC) hat geschätzt, dass die Meeresspiegel in diesem Jahrhundert um einen Meter steigen könnten. Dies wäre verheerend für die BewohnerInnen der Flussmündungsgebiete von Bangladesch und Ägypten und weltweit müssten Hunderte Millionen notleidende Menschen ihre Heimat verlassen. Eine Ausdehnung der Vorhersage des IPCC auf 250 Jahre gibt einen Anstieg des Meeresspiegels auf bis zu 4 Meter, was beträchtliche Gebiete der Erdoberfläche unbewohnbar machen würde, einschließlich großer Teile Nordwesteuropas.

Selbst diese Zahlen sind wahrscheinlich noch vorsichtig, weil sie auf Daten beruhen, die in den 1980er-Jahren ermittelt wurden. Es gibt viele Hinweise, dass sich die globale Erwärmung beschleunigt. So waren die drei heißesten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen in den 60er-Jahren des 19. Jahrhunderts in den 1990er-Jahren. Das IPCC schätzte, dass der CO₂-Ausstoß um 60% fallen müsse, um die Lage zu stabilisieren, während er 1992, als die Zahlen veröffentlicht wurden, um 0,5% stieg. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird wahrscheinlich zu einem leichten Rückgang führen, aber das wird nicht den langfristigen Trend ändern.

Verstrahlung durch atomare Abfälle

Teile der Kapitalistenklasse erkennen, dass durch den Klimawandel eine Katastrophe droht und suchen verzweifelt eine billige Lösung für das Problem. Eine Antwort aus ihrer Sicht wäre eine Ausdehnung der Atomenergie, weil die Technologie vorhanden und verhältnismäßig billig ist und keine Treibhausgase erzeugt. Es wäre aber völlig falsch, anzunehmen, dass diese Option keine ernsthafte Bedrohung der Umwelt-Nachhaltigkeit darstellt, vor allem in Anbetracht des Problems von giftigen Abfällen.

Eine direkte Folge der Produktion von Elektrizität mit Atomreaktoren ist die Anhäufung von radioaktivem Abfall, Uran und Plutonium. Es werden auch beträchtliche Mengen von Plutonium für militärische Zwecke erzeugt, die gelagert werden müssen. Wenn man die in den USA 1991 gelagerten Abfälle als Beispiel nimmt, betragen sie 4.900 Kubikmeter mit einer Radioaktivität von 24.000 MCi (ein Curie ist eine Einheit für Radioaktivität, ein MCi sind eine Million Curie). Die Größenordnung dieser Zahl wird deutlich, wenn man bedenkt, dass eine typische radioaktive Quelle, wie sie in einem Klassenzimmer für ein Wissenschaftsexperiment verwendet wird, eine Aktivität von einem Millionstel Curie hat.

Ein durchschnittlich großer 1000 MW-Reaktor hat in seinem verbrauchten Brennstoff ein Jahr nach der Entsorgung eine Gesamtradioaktivität von 70 Millionen Curie (70 MCi). Nach 100.000 Jahren fällt diese Zahl auf natürliche Weise auf 2000 Curie, immer noch 2 Milliarden mal mehr Radioaktivität als in der oben erwähnten typischen Vorfürquelle.

Aus diesen Daten ergibt sich, dass eine Entsorgungsmethode gefunden werden muss, von der man garantieren kann, dass sie für mehr als 100.000 Jahre sicher ist - eine Aufgabe die riesige Ungewissheiten und Probleme aufwirft, weil es schwer vorherzusagen ist, wie die natürlichen Bedingungen nach einem solchen Zeitraum aussehen werden. Wenn das Material vergraben ist, kann es passieren, dass in Gebieten Erdbeben auftreten, die bisher noch nicht davon betroffen waren, ebenso ist ein Meteoriteneinschlag denkbar. Wenn die verbrauchten radioaktiven Brennstoffe auf den Meeresgrund gebracht werden, ist die Festigkeit des Verpackungsmittels nach so langer Zeit absolut ungewiss, was möglicherweise zum Auslaufen führen würde. Außerdem könnte vulkanische Tätigkeit unter dem Meeresgrund beginnen, was denselben Effekt hätte.

Die technischen Schwierigkeiten und die verständliche Opposition der örtlichen Bevölkerungen an den vorgeschlagenen Lagerstätten hat dazu geführt, dass es noch mindestens zehn Jahre dauern wird, bis eine angeblich sichere Lagerstätte in den USA fertig ist und weitere 20 Jahre in Europa. In der Zwischenzeit sind die Gefahren unkontrolliert, was sich an dem gehäuften Auftreten von Kinderleukämie in der Nachbarschaft des gegenwärtigen britischen Atomlagers in Sellafield zeigt.

Zerstörung der Ozonschicht

Die Ozonschicht in der Atmosphäre schützt Menschen und Ökosystem vor schädlichen Wirkungen der Sonnenstrahlung. Sie wurde durch die Freisetzung von FCKWs in die Atmosphäre beschädigt, die chemischen Substanzen, die als Treibmittel in Spraydosen verwendet wurden und auch in Verpackungsmaterialien vorkommen. Das Montreal-Protokoll sollte die Produktion von FCKWs verringern und schließlich beseitigen und hatte eine gewisse Wirkung, da ihr Ausstoß zwischen 1988 und 1994 um 77% fiel. Dies mag als ein erfolgreiches Beispiel internationaler kapitalistischer Zusammenarbeit erscheinen, aber in der Tat stellten sich die USA über Jahre gegen das Montreal-Protokoll und unterzeichneten erst, als klar war, dass US-Konzerne die Führung bei der Entwicklung alternativer Aerosol-Treibmittel hatten, aber das nur nebenbei.

Das Ergebnis dieser Verzögerung ist, dass die volle Erholung der Ozonschicht nicht vor dem 22. Jahrhundert stattfinden wird, denn die Menge an Chlor in der Stratosphäre, die von den FCKWs erzeugt wird, wird erst nach langer Verzögerung wieder abnehmen. Dies bedeutet, dass der Nutzen der ersten Reduzierung von FCKWs, die in den 1980er-Jahren stattfand, nicht vor 2005 sichtbar wird. In der Zwischenzeit wird die Ozonschicht weiter zerstört werden. Die 3%ige Verringerung von Ozon, die 1991 über den USA festgestellt wurde, wird schätzungsweise in diesem Land allein 12 Millionen zusätzliche Fälle von Hautkrebs erzeugen.

Das Ausmaß des Problems.

Man muss das Ausmaß der Umweltbedrohungen, vor denen wir stehen, verstehen, um die Schwierigkeiten bei ihrer Milderung und Beseitigung abschätzen zu können. Um die Frage der

Entsorgung von atomarem Abfall zu lösen werden riesige Ressourcen notwendig sein, um eine sichere Entsorgungsmethode zu finden. Obwohl Regierungen auf der ganzen Welt gegenwärtig keine Antworten haben, erzeugen sie weiterhin immer mehr giftigen Abfall und überlassen das Problem sorglos künftigen Generationen. Die Zerstörung der Ozonschicht bedeutet, dass wir hundert Jahre lang mit den Auswirkungen einer Katastrophe des 20. Jahrhunderts zu kämpfen haben, einem Erbe des freien Marktsystems. Obwohl die Entsorgung von radioaktivem Abfall und die Zerstörung der Ozonschicht beide eine Bedrohung für unsere langfristige Zukunft über einen Zeitraum von 100 bis 100.000 Jahren darstellen, ist die Frage der globalen Erwärmung potenziell noch schwerwiegender. Ein Experte hat gewarnt, dass "menschlich ausgelöste globale Erwärmung dann möglicherweise eine Kettenreaktion von Ereignissen auslösen könnte, die zur Auslöschung der Zivilisation oder sogar der Menschheit führen könnte. Dies ist eine sehr unwahrscheinliche Möglichkeit, aber sie besteht" (zitiert in "Counting the Cost of Global Warming" [Die Kosten der globalen Erwärmung messen], von J. Broome, White Horse Press, Cambridge, 1992, S. 16).

Jede Wirtschaftstätigkeit erfordert von der Umwelt Rohstoffe und Energie als Inputfaktoren und die Fähigkeit, Abfälle zu verkraften und ein globales Gleichgewicht zu bewahren (z.B. der Oberflächentemperatur). Obwohl diese Funktionen unter Druck standen, seit die Massenproduktion von Waren die moderne kapitalistische Epoche vor über 200 Jahren einläutete, gibt es erst in letzter Zeit Belege dafür, dass sie im völligen Zusammenbruch begriffen sind.

Die Verringerung der ökologischen Intensität ist der Schlüsselfaktor, um mit den Auswirkungen des gesteigerten Verbrauchs auf die Umwelt fertig zu werden. Ökologische Intensität ist die pro Verbrauchseinheit erzeugte Umweltverschmutzung (z.B. die Menge Kohlendioxid, die bei der Herstellung einer Tonne Stahl erzeugt wird). Man geht im Allgemeinen davon aus, dass auf drei Wegen eine Verringerung ihres Wertes erreicht werden kann. Erstens durch eine Veränderung der Zusammensetzung des Wirtschaftsausgangs hin zu weniger schädlichen Produkten. Zweitens, indem schädliche Wirtschaftsinputs wie fossile Brennstoffe durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden. Und drittens durch die Entwicklung neuer Technologien, um die Ressourcen effizienter nutzen zu können. Eine vierte Möglichkeit ist die Verringerung des Intensitätskoeffizienten durch die Veränderung nicht nur der technischen, sondern auch der sozialen Produktionsbedingungen, eine Frage, auf die später eingegangen wird.

Es wurde berechnet, dass die Wirkung auf die Umwelt durch alle Verschmutzungsquellen um 50% verringert werden muss, um nachhaltiges Wachstum zu erreichen. Dies bedeutet, dass die ökologische Intensität auf weniger als ein Zehntel verringert werden muss, wenn man annimmt, dass Verbrauch und Bevölkerung beträchtlich zunehmen. Detaillierte Berechnungen finden sich im Anhang. Manche Umweltgruppen, wie Friends of the Earth geben die notwendige Verringerung in der ökologischen Intensität bis zu fünf mal höher an als oben erklärt.

Ist nachhaltiges Wachstum auf kapitalistischer Grundlage möglich?

Die meisten kapitalistischen Politiker legen jetzt Lippenbekenntnisse zur Nachhaltigkeit ab. Was sind also die Rezepte, die sie zu ihrer Erreichung vorschlagen? Bevor wir uns aber die Lösungen anschauen, die von den neoliberalen Theoretikern vorgeschlagen werden, lohnt es sich, noch einmal das Ausmaß der Aufgabe zu betonen, vor der wir stehen. Bezogen auf den entscheidenden Faktor der globalen Erwärmung schätzte das US-Energieministerium [Department of Energy] 1998 die Kosten für die Senkung der CO₂-Emissionen auf 7% unter ihr Niveau von 1990. Bis zum Jahr 2010 würden sie demnach auf 4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen oder, in Geld aus-

gedrückt, auf 400 Milliarden Dollar pro Jahr. Diese Zahl ist sicher eine Übertreibung, die auf die Panikmache durch die US-Energielobby zurückzuführen ist (andere Berechnungen kommen auf einen Anstieg auf 1 Prozent bis 3 Prozent des BIP nach einer viel längeren Zeit). Dennoch wird dadurch das allgemeine Ausmaß der Kosten klar, die zu massiven Steuererhöhungen für die multinationalen Konzerne führen würden.

Eigentumsrechte

Die klassische Methode, die von der neoliberalen Schule zur Berücksichtigung von Umweltschäden vorgeschlagen wird, ist der Ansatz der Eigentumsrechte, der sich auf direkte Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien zur Lösung der Frage stützt. Dies erfordert, dass die Eigentumsrechte an der Nutzung von Umweltressourcen definiert sind und jemandem gehören. Die praktischen Schwierigkeiten bei der Umsetzung dieses Programms sind leicht zu sehen. Zum Beispiel ist es schwer sich vorzustellen, welches System von Privateigentum der Stratosphäre auferlegt werden könnte. Aber selbst wenn das möglich wäre, wären Milliarden Menschen von Schäden in der Stratosphäre betroffen, die alle Entschädigung vom Eigentümer fordern würden, was diese Methode ungangbar machen würde.

Frei handelbare Verschmutzungsrechte

Diese praktische Schwierigkeit bei der Nutzung des Ansatzes der Eigentumsrechte hat sogar manchen der knallharten Anhänger des "freien Marktes" eingeleuchtet und ein Alternativsystem auf der Grundlage der Kontrolle der Verschmutzung durch den Preismechanismus wurde ausgearbeitet, das sogenannte "Verursacherprinzip". Der so eingeschlagene Weg ist der Handel mit Verschmutzungsrechten, die von Regierungen zu einem Preis vergeben werden, der die Umweltkosten ausdrückt und ein spezifisches geographisches Gebiet abdeckt. Ganz abgesehen einmal von dem Fiasko mit dem Handel von Verschmutzungsrechten nach Kyoto, ist es nicht schwer zu sehen, dass dieses Programm ineffektiv wäre. Zum Beispiel würden die Kosten für den Bau von Dämmen in Bangladesch in 20 Jahren, die wegen der globalen Erwärmung als Folge der Emissionen durch US-Konzerne heute nötig werden, nicht in den Preis für die Verschmutzungsrechte eingeschlossen. Das bedeutet, dass die VerschmutzerInnen überhaupt nicht wirklich zahlen.

Ökosteuern

Eine Alternative zum System des Rechte-Handels ist die Einführung einer Ökosteuer, obwohl dies von den Neoliberalen im Vergleich zum Freihandel mit Verschmutzungsrechten als eine gefährlich "sozialistische" Idee angesehen wird. Das Prinzip ist aber dasselbe, dass nämlich durch die Erhöhung des Preises der verschmutzenden Ressourcen ein Anreiz geschaffen wird, sie weniger zu verwenden und Ersatz zu suchen. Belege, die zeigen sollen, dass das funktioniert, werden durch den Vergleich der Erfahrung der USA und mancher anderen fortgeschrittenen kapitalistischen Länder gebracht. Die Energiepreise in den USA betragen ein Drittel derer in Norwegen, während ihre Emissionen von Kohlenstoff pro Einheit BIP dreimal größer sind (zitiert in "The North, the South and the Environment" [Der Norden, der Süden und die Umwelt] herausgegeben

von V. Bhaskar und A. Glynn, Earthscan, 1995. S. 139), also scheint der Steuermechanismus zu funktionieren.

Die Sache ist aber nicht so einfach, wenn man sie genauer untersucht. Frankreich steht bei den Treibhausgasen verhältnismäßig gut da, weil es in massivem Ausmaß Atomenergie einführte, die zufällig keine Treibhausgase erzeugt. Dies wurde aus politischen Gründen gemacht, nicht weil der Preis für fossile Brennstoffe hoch gewesen wäre. Das macht den Zusammenhang zwischen hohen Kosten für fossile Brennstoffe und niedriger Verschmutzungsemission fraglich. Es gibt auch Belege dafür, dass wirtschaftliche Schlüsselfaktoren, die die Schaffung von Nachhaltigkeit voranbringen, z.B. die Entwicklung neuer, nicht verschmutzender Technologien, durch die Anpassung von Preisen durch Ökosteuern nicht in beträchtlichem Ausmaß gefördert würden.

Selbst wenn Steuern eine gewisse Rolle bei der Verringerung der Umweltverschmutzung spielen könnten, stellt sich die Frage des Ausmaßes. Die Kosten der USA für eine bedeutende Verringerung von Treibhausgasen, oben mit 400 Milliarden Dollar pro Jahr angegeben, zeigen, dass die effektive Umsetzung eines solchen Programms enorme Steuererhöhungen mit sich ziehen würde, nach manchen Schätzungen über 100%. Das wäre verheerend für die Profite der Großkonzerne und wäre politisch nicht durchsetzbar. Es ist beachtenswert, dass in skandinavischen Ländern, wo manche Formen der Ökosteuer eingeführt wurden, Firmen ausdrücklich von der Zahlung ausgenommen sind und die ganze Last der Bevölkerung auferlegt wird. Eine andere Folge von Ökosteuern ist, dass die Armen am härtesten getroffen werden, weil die Kosten für Heizung und Kochen, wozu gewöhnlich fossile Brennstoffe verwendet werden, einen großen Teil ihres Einkommens ausmachen. Auf einem anderen Niveau gilt das auch für Abgasgebühren wie sie in Großbritannien vom Londoner Bürgermeister, Ken Livingstone, vorgeschlagen wurden, um den öffentlichen Nah- und Fernverkehr zu fördern.

Kosten-Nutzen-Analyse.

Kosten-Nutzen-Analyse ist potenziell ein mächtiges Mittel, um Umweltrisiken einzuschätzen und zu einer rationalen Entscheidung über künftige Investitionen zu kommen. Ihre Erfolge hängen aber davon ab, dass klar definiert wird, was die Kosten und Nutzen sind und dass sich alle beteiligten Parteien auf diese Definitionen einigen. Wo Profite auf dem Spiel stehen, ist das leichter gesagt als getan. In kapitalistischen Zusammenhängen müssen Risiken in Kosten und Wahrscheinlichkeiten von klar bestimmten unerwünschten künftigen Ereignissen ausgedrückt werden. Wenn das möglich ist, was gewöhnlich der Fall ist, werden Umweltrisiken ignoriert und es wird ein System gewöhnlicher Verzinsung angewandt. Unter Verwendung dieser Methode wurde berechnet, dass die Kosten für einen Atomunfall in 500 Jahren für künftige Generationen 10 Milliarden Pfund (zu heutigen Preisen) betragen, das macht 25 Pence zu 5% Zinsen. Mit anderen Worten, wenn heute ein Atomkraftwerk gebaut würde, würden bei den Kosten 25 Pence als Vorsorge für einen künftigen Unfall eingehen.

Beschränkungen für den Kapitalismus

Alle diese kapitalistischen Theorien, um Nachhaltigkeit zu erreichen: Eigentumsrechte, Handel mit Verschmutzungsrechten oder Ökosteuern bleiben genau das - Theorien. Die Gründe, warum keine von ihnen jemals in nennenswertem Umfang eingeführt wurde, sind viel wichtiger als die

Kritik, die es an jeder einzelnen von ihnen gibt. Die denkenden Elemente der internationalen Kapitalistenklasse erkennen, dass sich ein Abgrund vor ihnen auftut, warum können sie dann nicht wirklich effektiv handeln?

Der zentrale Widerspruch des Kapitalismus vom Anfang des 20. Jahrhunderts bis heute war seine Unfähigkeit, den Konflikt zwischen den Bedürfnissen einer profitgetriebenen Produktion und dem Fortbestand von Nationalstaaten zu lösen. In ihrem Streben nach Profit müssen die Kapitalisten nach neuen Märkten jenseits ihrer Grenzen suchen, sowie ihr eigener Markt gesättigt ist. Das bringt sie in Konflikt mit Rivalen aus anderen Ländern, die unter ähnlichem Druck stehen. Abstrakt gesehen könnten die Rivalen zusammenarbeiten, um den Rest der Welt effektiver auszunutzen, wenn der Markt weiter expandieren würde. Aber das ist im Kapitalismus nie lange der Fall, weil auf den Boom immer die Krise folgt. Wenn es mit dem Markt abwärts geht, wachsen die Spannungen zwischen den internationalen Rivalen und die Großkonzerne lassen sich wieder von ihren eigenen Regierungen ihre Profite schützen. Dieser Kreislauf wird bald wieder auftreten, da der Drang zur Globalisierung durch den sich entwickelnden Abschwung untergraben wird.

Jede wirkliche Lösung der Umweltkrise muss international sein, weil sich alle Hauptgefahren wie die globale Erwärmung, Verringerung der Ozonschicht oder Verstrahlung durch Atommüll auf die ganze Erde oder große Teile von ihr auswirken. Aber die kapitalistischen Hauptländer, die für die Mehrheit der Verschmutzung verantwortlich sind, werden niemals ernsthaft zusammenarbeiten, wenn die Profite "ihrer" multinationalen Konzerne beträchtlich berührt werden. Dies gilt besonders in einer Rezession und ist das Problem, das das Herz der Umweltkrise ausmacht.

Kyoto

Das Fiasko mit der Kyoto-Vereinbarung ist ein gutes Beispiel, um die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems zu zeigen, mit der Krise fertig zu werden. Kyoto soll mit der globalen Erwärmung fertig werden, indem es die Treibhausgas-Emissionen um einen kleinen Betrag senkt, um auf das Niveau von 1990 zurückzugehen, für sich genommen ein bescheidenes Ziel. Die Rechtfertigung war, dass dies das Maximum sei, das politisch durchsetzbar sei. Aber selbst dieser winzige und billige Schritt vorwärts, der zur Zeit des Wirtschaftsbooms unternommen wurde, erwies sich als völlig inakzeptabel für die USA. Die Vereinbarung wurde so festgelegt, dass keine wirklichen Verringerungen der Emissionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern gefordert wurden. Stattdessen wurde ein System von handelbaren Verschmutzungsrechten eingeführt, der vorgezogene Mechanismus des freien Marktes, durch den die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder Verschmutzungsrechte von Ländern kaufen konnten, die ihre Quote unterschritten. Dies war möglich, weil passenderweise das Ausgangsjahr, von dem aus die Berechnungen gemacht wurden, 1990 war. Also direkt bevor die Wirtschaftskrise in der früheren Sowjetunion und Osteuropa dazu führte, dass ihr Ausstoß an Treibhausgasen um 50% fiel. Das hieß, dass osteuropäische Staaten einen großen "Überschuss" an Verschmutzungsrechten zum Verkaufen an die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder hatten, wahrscheinlich zu einem sehr mäßigen Preis, wenn man ihre verzweifelte Lage bedenkt.

Warum stimmte der US-Kongress fast geschlossen gegen dieses fast völlig kosmetische Abkommen? Es war wahrscheinlich nicht, weil der unmittelbare Preis inakzeptabel gewesen wäre, weil sie zwar verspätet aber doch ein Abkommen zur Ozonfrage erreicht hatten, das mit Kosten für US-Firmen verbunden war. Es lag daran, dass sie vermuteten, das wäre erst der Anfang und würde stärkere Reduzierungen nach sich ziehen. Weil die USA 25% aller Treibhausgase erzeugen, fast doppelt so viel wie ihre Hauptrivalen in der EU, würden ihre Profite durch starke Reduzierungen

unverhältnismäßig getroffen. Die Lehre hier ist, dass begrenzte Abkommen getroffen werden können, wenn nur kleine Opfer nötig sind, die gleichmäßig unter den rivalisierenden Kapitalisten verteilt werden können, wie im Ozon-Fall der FCKW-Verringerungen (obwohl selbst das im Falle einer Rezession oder schweren Krise zutreffen würde). Wenn aber die Profite ernsthaft bedroht sind, dann sind selbst begrenzte Vereinbarungen unmöglich, und dies gilt besonders, wenn die vorherrschende Weltmacht, die USA, der größte potenzielle Verlierer ist.

Direkte staatliche Intervention

Direkte staatliche Intervention, um die Umweltverschmutzung zu reduzieren, bewegt sich zwar als Mittel noch im Rahmen einer marktgetriebenen Gesellschaft, wurde aber von den vorherrschenden neoliberalen Alchemisten als Möglichkeit weitgehend abgetan und abwertend als "Kommando und Kontrolle" etikettiert. Aber manche pro-kapitalistischen Kommentatoren beginnen, diese Möglichkeit wieder in Betracht zu ziehen, weil sie denken, dass direkte Intervention tatsächlich funktionieren kann im Gegensatz zu neoliberalen Herumtheoretisieren. Eine Strategie, die sie vorschlagen, ist die Festlegung einer Reihe von gesetzlich erzwingbaren Standards zur Kontrolle von Emissionen, aber andere Möglichkeiten könnten auch radikalere Maßnahmen beinhalten. Zum Beispiel die Umlenkung der Produktion in nicht verschmutzende Sektoren, die Beschränkung der Wahlmöglichkeiten der VerbraucherInnen auf umweltfreundliche Produkte oder die Vorschrift, dass Energie aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden muss.

Mit der Vertiefung der Umweltkrise wird die Attraktivität dieses Ansatzes wachsen, besonders für die Linke oder die Umweltbewegung, die die Ohnmacht der rein marktgestützten Ideen sehen. Staatliche Intervention könnte zwar etwas bewirken, wenn sie in allen größeren verschmutzenden Ländern im großen Stil über einen langen Zeitraum angewandt würde, die Frage ist - wird sie das? Es ist möglich, dass ein einzelnes Land beginnen wird, im kleinen Stil umweltfreundliche Maßnahmen einzuführen, so wie jetzt in Deutschland oder in Skandinavien. Wenn die Maßnahmen aber in genügend großem Stil stattfinden, um wirksam zu sein, würde diese Intervention des Staates durch hohe Steuern die Profite bedrohen. Dann würden die Großkonzerne laut aufschreien, dass ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit untergraben werde. Denn im Rahmen des Kapitalismus hat für die Regierung jedes Landes der Schutz der Interessen der multinationalen Konzerne, die ihren Sitz im Land haben, Vorrang. Jedes ernsthafte Umweltprogramm wird dann fallen gelassen werden.

Die Erfordernis zur Lösung der Krise bleibt dieselbe, nämlich international Vereinbarungen zu schaffen, die es ermöglichen, das Problem in seinem ganzen Umfang anzupacken; ebenso die Gründe, warum dies nicht geschehen wird.

Neue Technologien

Es ist zwar theoretisch möglich, dass in der Umweltfrage die Kastanien durch eine zufällige neue Erfindung aus dem Feuer geholt werden, zum Beispiel eine Technologie wie die Kernfusion, die verspricht, große Mengen Energie billig und ohne Verschmutzung zu erzeugen. Es ist aber am Horizont nichts Gangbares in Sicht. Das Marktsystem war unfähig, die notwendigen wissenschaftlichen Durchbrüche zu liefern. Einer der Gründe ist, dass unter dem Monopolkapitalismus neue Technologien das Ergebnis von langfristigen, schrittweisen Fortschritten von Wissenschaftle-

rInnen- und IngenieurInnenteams ist, die für große Bürokratien in multinationalen Konzernen arbeiten, wo es wegen der Bürokratie sehr schwierig ist, den Kurs radikal zu ändern. Obendrein schrecken die riesigen Kosten, die im Energiebereich für die Entwicklung neuer Ansätze notwendig sind, die meisten Firmen vom Eintritt in den Markt ab. Außerdem werden neue Technologien, weil immer noch der Köder des Profits letztlich der Grund für Investition ist, in den Sektoren eingeführt werden, die kurz- und mittelfristig am profitabelsten sind, das heißt eher für fossile Brennstofftechnologie als für erneuerbare Energieerzeugung.

Nachhaltiges Wachstum auf einer kapitalistischen Grundlage ist nicht machbar. Teilweise weil die Methoden, die der Kapitalismus zu seinem Erreichen anwenden kann, unzulänglich und fehlerhaft sind, aber hauptsächlich, weil imperialistische Rivalität zwischen den Hauptmächten die internationale Zusammenarbeit verhindern wird, die für Fortschritt wesentlich ist. Das Ergebnis ist, dass die Welt weiterhin geradewegs auf eine Katastrophe zusteuern wird, weil die Umwelt weiterhin von den multinationalen Konzernen, die die Produktion beherrschen als "freies Gut" behandelt und ohne Kosten für sie ausgebeutet werden wird.

Das Nachhaltigkeits-Programm der Umweltbewegung

Es gibt viele Variationen von Programmen der grünen und Umweltbewegung, deshalb muss jede Einteilung näherungsweise sein und anerkennen, dass es Überschneidungen zwischen ihnen gibt. Dennoch ist es möglich, drei Grundtendenzen oder -ansätze zu identifizieren. Die ersten beiden sind Modelle auf der Grundlage von Marktlösungen, wenn auch mit beträchtlicher Staatsbeteiligung und der dritte wird manchmal als ökosozialistisch bezeichnet, hier sind Marktkräfte nicht das vorherrschende Merkmal.

Der "Mainstream"-Marktansatz betont die zentrale Notwendigkeit einer stationären Wirtschaft. Stationär wurde vom ursprünglichen Vertreter und Guru der Bewegung, Hermann Daly, definiert als Festlegung absoluter Grenzen für sowohl menschliche Bevölkerung als auch die "Bevölkerung" von Artefakten (Gütern). Die Frage der Bevölkerungskontrolle ist kontrovers, aber die Begrenzung der Produktion von Gütern ist ein gemeinsames Merkmal der meisten grünen Grundsätze. Das Programm der Grünen in Großbritannien beinhaltet Import-/Export-Kontrollen, Kontrolle über multinationale Konzerne durch Devisenkontrollen und Kontrolle der Spekulation durch die Tobin-Steuer, Begrenzung der Größe für Monopole und Steuerbefreiungen für neue kleine Firmen, die auf den Markt wollen. Im Zentrum des Programms steht aber ein komplexes System von Ökosteuern und Verschmutzungsrechten, um umweltfreundliches Verhalten zu ermutigen, was, so wird behauptet, die Grundlage für eine stationäre Wirtschaft schaffen soll.

Was wären die Folgen einer stationären Wirtschaft? Wenn stationär als Nullwachstum im Verbrauch vom gegenwärtigen Niveau aus definiert wird, wäre eine 66%ige Verringerung der ökologischen Intensität nötig, um Nachhaltigkeit zu erreichen. Dabei ist das große Bevölkerungswachstum im "Süden" einkalkuliert, von dem im Allgemeinen ausgegangen wird und ein kleines im "Norden". Wenn aber, wie die meisten Grünen glauben, dieses Niveau der Verringerung in der ökologischen Intensität nicht machbar ist, dann wird der Verbrauch sinken müssen, um die Lücke zu schließen. Wenn der Verbrauch zurückgehen muss, was bedeutet das für das grüne Programm der Umverteilung des "Überschusses" vom Norden in den Süden, um eine faire und gleiche Welt zu schaffen? Wenn wir aus Gründen der Fairness und Gleichheit annehmen, dass Kürzungen auf die Hauptverschmutzer in den Industrieländern beschränkt werden, wird der Verbrauch pro Kopf beträchtlich verringert werden müssen. Unter diesen Umständen wäre der Spielraum für die Umverteilung des "Überschusses" im Verbrauch der Industrieländer an den Rest der Welt sehr

begrenzt, weil er enorm verringert wäre. Das gilt für eine stationäre Wirtschaft, wie sie hier mit Nullwachstum im Verbrauch definiert ist. Die meisten Grünen befürworten Einschnitte im Verbrauch, was den Überschuss noch mehr verringern würde.

Die Grünen weisen zu Recht darauf hin, dass Definitionen des Verbrauchs auf Brutto-sozialprodukt (BSP)-Berechnungen beruhen, die durch Kosten für die Beseitigung von Umweltschäden aufgebläht sind. Das Argument lautet: da Wachstum im BSP ein politisches Ziel aller Regierungen ist, gibt es keinen Anreiz für die Senkung von Verschmutzung, weil die Verschmutzung selbst zum BSP-Wachstum beiträgt. Die Folgerung der Grünen ist, dass wenn die Definition des BSP geändert wird, um diesen Effekt zu beseitigen, die Regierungen die Wachstumspolitik auf umweltfreundliche Weise ändern würden. Abgesehen von den technischen Schwierigkeiten dabei geht diese Überlegung davon aus, dass Regierungspolitik Wirtschaftswachstum grundlegend kontrollieren kann. Kapitalistische Staaten haben alle eine Sehnsucht nach Wachstum, weil Wachstum höhere Profite bedeutet. Den Wunsch in die Realität umzusetzen, ist aber nicht so leicht, denn das Marktsystem entzieht sich der Kontrolle einer Firma, egal wie groß sie ist, oder eines Landes, selbst der USA. Weil das System seine eigene innere Logik auf der Grundlage von internationaler Konkurrenz um Märkte und dem Streben nach Profit hat, können Regierungen nur in kleinem Ausmaß beeinflussen, was passiert. Das zeigt sich plastisch in dem gegenwärtigen Wirtschaftsabschwung, der sich standhaft weigert, auf die Rezepte der kapitalistischen Experten zu reagieren. Aber die Frage der Entschädigung für die Auswirkungen von Wachstumsschüben auf die Umwelt wird angepackt werden müssen, wenn die Gesellschaft wirklich Kontrolle über die Wirtschaft hat, das heißt in einem nichtkapitalistischen System.

Kleiner stationärer Markt

SozialistInnen und Grüne stimmen überein, dass die Ausbeutung der Umwelt direkt mit den Aktivitäten der Monopolkonzerne verbunden ist, von denen 500 die Weltwirtschaft beherrschen. Ist die Antwort, wie die Grünen behaupten, zurückzugehen zu Gesellschaften, wo kleine örtliche Firmen in einem stationären Marktsystem tätig waren? Wenn man die Unmöglichkeit ausklammert, das Rad der Geschichte auf diese Weise zurückzudrehen, würden, wenn so ein System geschaffen würde, die Grundgesetze des Marktes immer noch gelten, das heißt die Notwendigkeit zu ständigem Wachstum und einer unbegrenzten Steigerung der Produktion. Das liegt daran, dass der kapitalistische Markt anonym und von den Gesetzen des Wettbewerbs beherrscht ist. Jeder Industrielle versucht, einen möglichst großen Teil des Markts zu bekommen, aber das erfordert die Senkung von Preisen, ohne die Profite zu bedrohen. Der einzige Weg, das zu erreichen, ist die Verringerung der Produktionskosten durch Kürzung des Werts der Waren, also durch die Verringerung der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeitszeit, um mehr Waren im selben Zeitraum zu erzeugen. Um solch eine Produktionssteigerung herbeizuführen, muss Kapital investiert werden, um den Arbeitsprozess zu rationalisieren, und die einzige Quelle für dieses Kapital ist letztlich der Profit. Mit anderen Worten: Die Dynamik des Systems ist die ständige Akkumulation von Kapital, angetrieben durch die Konkurrenz und finanziert aus dem Mehrwert (Profit), der im Verlauf der Produktion selbst erzeugt wird. Dieses Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft, das von Marx analysiert wurde, untergräbt grundlegend die Befürworter einer kleinen stationären Marktwirtschaft, weil es für sie immer die absolute Notwendigkeit geben wird, zu wachsen und aus allen Kontrollen des Wachstums auszubrechen, die eine grüne Regierung vielleicht einführt. Unter diesen Umständen würden sich schließlich Monopole herausbilden, wie es Marx vorhersagte, als er die Wachstumsdynamik des vormonopolistischen Kapitalismus im 19. Jahrhundert untersuchte.

Das grüne makroökonomische Programm beruht auf der Begrenzung der Wirkung des Markts

international durch Devisenkontrollen, Begrenzung der Kapitalflüsse und Spekulation und Einführung von Import-Export-Kontrollen. Trotz der internationalistischen Sichtweise der meisten Grünen zeigt dieses Programm in die entgegengesetzte Richtung, hin zu einer autarken Wirtschaft, die nationale Vorurteile nährt und die internationale Zusammenarbeit verhindern wird, die für Nachhaltigkeit notwendig ist.

Die Säule des grünen Programms, für internationale Zusammenarbeit zu sorgen, das heißt Zölle für Länder zu erheben, die sich weigern, umweltfreundliche Politik umzusetzen, würde zu Konflikten führen. Die USA hätten am meisten zu verlieren, weil sie der größte Verschmutzer sind, und sie würden ihre Vorherrschaft nutzen, um jedes internationale Handelsgremium oder Land zu bestrafen, das versucht diesen Weg zu gehen.

Man kann argumentieren, dass das hohe Maß an staatlicher Kontrolle, das für eine autarke Wirtschaft notwendig ist, zur Errichtung einer stationären, umweltfreundlichen Gesellschaft führen würde, wenn auch nur auf nationaler Basis. Aber selbst wenn eine Regierung ein großes Stück Richtung staatlicher Kontrolle ginge, würde sich die Wachstumsdynamik schließlich durchsetzen, wenn der Markt bliebe. Unter diesen Umständen wäre ein Konflikt unvermeidlich, wenn der Staat Wachstum und Profite weiterhin im Weg stände. Während der Labour-Regierung in Britannien in den Siebziger Jahren gab es heftigen Widerstand der Kapitalisten, bis hin zu einem Putschversuch einiger von ihnen, als der Premierminister Wilson einen halben Schritt in Richtung eines Programms unternahm, das gewisse Ähnlichkeiten mit dem der Grünen hatte. Letzten Endes würde eine "grüne" Regierung entweder vor den Forderungen des Marktes kapitulieren müssen oder zu seiner Beseitigung schreiten. Selbst wenn eine ökokapitalistische autarke Wirtschaft sich eine Periode lang halten könnte, wären die Maßnahmen im grünen Programm zur Verringerung der Umweltverschmutzung auf der Grundlage von Marktmechanismen wie Ökosteuern und Verschmutzungsrechten nicht ausreichend. Im Widerspruch zu den erklärten Zielen der Grünen würden sie auch zu mehr Ungleichheit führen, weil Ökosteuern die Armen am härtesten treffen.

Das Grüne Wachstumsprogramm

Grüne Wachstumsbefürworter können in zwei Lager geteilt werden, die VerfechterInnen der "harten" und die der "weichen" Nachhaltigkeit. Weiche Nachhaltigkeit liefert wenig mehr als ein Feigenblatt für Firmen oder Regierungen, so zu tun, als würden sie etwas für die Umwelt tun. Die Unterstützung für Kyoto würde in dieses Muster passen. Andererseits wollen die BefürworterInnen von harter Nachhaltigkeit ernsthaft die Umweltprobleme anpacken und sehen insbesondere, dass stationäre grüne Politik es unmöglich machen wird, Armut in der sogenannten Dritten Welt zu beseitigen. Es ist ihnen klar, dass selbst wenn manche Szenarien nicht umgesetzt werden, die eine Verringerung im Verbrauch des Südens unter sein Niveau, das schon nahe am Existenzminimum ist, fordern, der Spielraum für Umverteilung von "Überschussverbrauch" im Norden klein sein wird.

Die meisten BefürworterInnen von grünem Wachstum sagen, dass es möglich ist, die ökologische Intensität ausreichend zu verringern, um eine nachhaltige Steigerung des Verbrauchs unter Verwendung von Marktmethoden zu ermöglichen. Die Probleme mit solch einem Programm wurden oben analysiert, wo wir zu dem Schluss kamen, dass die verfügbaren Marktmittel unzureichend für die Größe der Aufgabe der Verringerung der ökologischen Intensität um 90% sind, das für auch nur ein bescheidenes Wachstum im "Süden" notwendige Minimum. Obendrein würde die Einführung auch nur dieser schwachen Methoden die Profite der multinationalen Konzerne zusammenstreichen, besonders in den USA, und würde darum nicht umgesetzt.

Ökosozialismus

Ökosozialismus stellt in der Umweltbewegung immer noch eine Randerscheinung dar, aber da die völlige Unfähigkeit der kapitalistischen Ansätze zur Lösung der Umweltprobleme deutlich wird, wird das Interesse daran unausweichlich wachsen. ÖkosozialistInnen teilen in vielen Punkten die Kritik, die hier am marktgeführten Umweltschutz geübt wird. Aber gleichzeitig lehnen die meisten, aber nicht alle von ihnen, die Möglichkeit von Wachstum im Verbrauch ab, da sie von biophysischen Grenzen der Ressourcen der Erde ausgehen, und treten daher für eine stationäre Wirtschaft ein. In diesem Zusammenhang wird Marx oft von ÖkosozialistInnen kritisiert sowohl wegen seiner Ideen zum "Überfluss" als auch, weil seine Gedanken, besonders seine Werttheorie, keine Umweltdimension enthielten. Die Frage des Überflusses wird später aufgegriffen werden, aber die ande-en Fragen können jetzt beantwortet werden. Marx' oben diskutierte Entdeckung der Gesetze der Kapitalakkumulation und erweiterten Reproduktion zeigten die Notwendigkeit von ständigem Wachstum zur Aufrechterhaltung der Profite für den Kapitalismus, eine Einsicht von großem Wert für die grüne Debatte heute. Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass eine ökologische Krise unter gewissen Umständen schließlich entstehen könnte, aber in der Mitte des 19. Jahrhunderts war das Niveau der Umweltverschmutzung ein Bruchteil vom heutigen und es gab im Weltmaßstab keine Bedrohung der Nachhaltigkeit. Marx argumentierte richtig, dass es keine natürlich vorgegebenen Grenzen für Wohlstand und Überfluss gebe und beantwortete damit die Idee Malthus', dass allgemeine Armut ein unausweichliches und ständiges Merkmal des menschlichen Lebens sei.

Kritik an der Arbeitswerttheorie zeugt von einem Mangel an Verständnis für Marx' Konzept. Diese Debatte betrifft die Berechnung des Wirtschaftswachstums in der kapitalistischen Gesellschaft unter Verwendung von Bruttosozialproduktstatistiken, die Regierungen einen Anreiz zum Verschmutzen der Umwelt geben, wie oben erläutert. Es wird impliziert, dass jede wirtschaftliche Planung auf der Grundlage von Marx' Wertbegriff eine ähnliche Wirkung hätte. Dagegen gibt es zwei Einwände. Erstens kann die Werttheorie kein Werkzeug der wirtschaftlichen Planung sein, weil sich der Wert erst auf dem Markt nach der Produktion der Ware zeigt. Es ist unmöglich, vorherzusagen, ob die in der Ware vergegenständlichte Arbeitszeit das ist, was Marx als "gesellschaftlich notwendig" bezeichnete. Ohne dieses Wissen im Voraus zu haben, kann die Werttheorie nicht für Planungszwecke verwendet werden. Weil sich der Wertbegriff nur auf dem Markt enthüllt, wird er zweitens in einer voll entwickelten sozialistischen Gesellschaft seine Bedeutung verlieren, da in dieser der Markt nicht länger bestehen wird. Es wird später erklärt werden, wie eine sozialistische Gesellschaft Planung so organisieren könnte, dass die negativen Wirkungen der Wachstumsziele auf die Umwelt beseitigt werden.

Der positivste Aspekt der Entwicklung der ökosozialistischen Bewegung ist, dass Planung jetzt ernsthaft als Mittel zur Organisation der Produktion diskutiert wird, ebenso wie die mögliche Gefahr der Degeneration einer künftigen geplanten sozialistischen Gesellschaft in einen totalitären Staat, wie es in der Sowjetunion passierte. Diese ernsthafte Diskussion der Planung in Umweltkreisen ist Vorbote einer breiteren Debatte, die sich in der antikapitalistischen Bewegung in den nächsten Jahren entwickeln wird. Es ist aber wichtig, die Auswirkungen auf eine künftige Gesellschaft zu verstehen, die sich aus dem ergeben, was viele ÖkosozialistInnen über die Erfordernisse sagen, den Verbrauch massiv zu kürzen.

Manche UnterstützerInnen des Ökosozialismus befürworten eine Reduzierung im Verbrauch auf ein Zehntel, einschließlich massiver Einschnitte in der Dritten Welt. Die politische Form, die solch eine Gesellschaft annehmen würde, deren materielle Grundlage auf einem feudalen oder vorfeudalen Niveau läge, wäre ökostalinistisch, ein totalitärer Polizeistaat, der Stalins Russland weit in den Schatten stellen würde. Zu behaupten, so eine Gesellschaft würde auf Fairness und Gleichheit beruhen, ist ein Hohn. Fairerweise muss man hinzufügen, dass einige ihrer Befürworter frei-

mütig genug sind, einzuräumen, dass Unterdrückungsmaßnahmen notwendig sein könnten. Ironischerweise hätte dieses Altraumregime wahrscheinlich nicht einmal ausreichend Ressourcen, um den Apparat eines Polizeistaats zu betreiben, den es bräuchte um sich an der Macht zu halten. Wie so eine Ökogesellschaft, die sich materiell knapp über dem Existenzminimum befände, entstehen könnte, wird von ihren BefürworterInnen nur vage formuliert. Was nicht verwunderlich ist, da schwer erkennbar ist, wer ein Interesse daran haben soll. Die meist unausgesprochene Perspektive ist, dass sie nach dem Zusammenbruch der gegenwärtigen Weltordnung durch eine ökologische Katastrophe entstehen wird. Selbst diese Hoffnung ist wahrscheinlich vergeblich, weil so ein Staat, entsprechend seiner niedrigen materiellen Basis, irgendeine vorkapitalistische Organisationsform annehmen würde, was bedeutet, dass der ganze faule Zyklus von vorn beginnen würde.

Ein Sozialistisches Programm für die Umwelt

Die Erde steuert eindeutig auf eine ökologische Katastrophe zu. Auf dem Weg dorthin werden neben vielen anderen Beispielen die Zerstörung großer Gebiete des bewohnbaren Erdballs aufgrund der globalen Erwärmung, die chemische Verschlechterung der Atmosphäre, die zur epidemischen Ausbreitung von Krebs führen wird, und die Vererbung des Problems der Entsorgung von giftigem Abfall an künftige Generationen für bis zu 100.000 Jahre liegen.

Die Verantwortung für diese Lage liegt beim Kapitalismus, einem System, das von der berüchtigten "verborgenen Hand" der Marktkräfte kontrolliert und vom Profit angetrieben wird. Die Marktwirtschaft hat eine eingebaute Notwendigkeit zu ständigem Wachstum, die durch die Konkurrenz und das Profitstreben angetrieben wird. Sie leidet aber gleichzeitig, was paradox scheint, unter regelmäßigen Produktionseinbrüchen. Beide Tendenzen führen zu Verschwendung und Umweltzerstörung, ebenso der anarchische, unvorhersagbare Charakter der Marktwirtschaft. Die Alternative ist eine sozialistische Gesellschaft, die in ihrer voll entwickelten Form in der Lage sein wird, eine nachhaltig stationäre Wirtschaft zu entwickeln, weil sie nicht mehr die Notwendigkeit zu ständigem Wachstum wie der Kapitalismus hat. Eine sozialistische Gesellschaft würde ebenso die Vergeudung vermeiden, die dem Kapitalismus innewohnt, wie den überwältigenden Umweltvorteil bewusster demokratischer Kontrolle durch Planung bieten. Demokratie wird hier nicht zufällig erwähnt, sie ist wesentlich, wenn die Planung effizient betrieben werden soll. Der Mangel an Demokratie war der Hauptgrund für die ökologische Verwüstung in der bürokratischen (Fehl-)Planwirtschaft der früheren Sowjetunion.

Wenn bewusste demokratische Kontrolle der Schlüssel zum Umgang mit der Umwelt ist, was sind dann die notwendigen Vorbedingungen, um diese möglich zu machen? Die erste ist natürlich die Beseitigung der Anarchie des Markts. Aber genauso wichtig ist, der Masse der Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, die Gesellschaft zu gestalten. Das bedeutet vor allem, ihnen genug Zeit und Wissen zu geben, damit sie aktiv an der Entscheidungsfindung teilnehmen können. Das kann nur umgesetzt werden, wenn neben der Plackerei der Arbeit genug Freizeit verfügbar ist, um an Versammlungen teilzunehmen und sich um die eigene Bildung und persönliche Entwicklung zu kümmern. Das wiederum wird nur möglich sein, wenn es eine Umgestaltung der wirtschaftlichen Produktivität gibt, so dass ausreichend Freizeit verfügbar ist - etwas was ein großes Wachstum und hohe Investitionen erfordern wird. Einige werden vielleicht argumentieren, dass eine Alternative wäre, einfach die Produktion auf ein so niedriges Niveau zu senken, dass genug Freizeit freigesetzt würde. Das Ergebnis wäre aber kontraproduktiv. Der Lebensstandard würde fallen, Knappheit zunehmen und die ganze geschaffene Freizeit würde im Kampf für den Ausgleich der verlorenen Ressourcen aufgebraucht werden. Es würde eine Person gegen die

andere stellen und die "menschliche Natur" würde schnell in die schlimmsten Erscheinungsformen degenerieren, die unter dem Kapitalismus zu sehen sind; nach Marx" Ausdruck würde "die ganze alte Scheiße sich herstellen". Die notwendige, vor allem internationale Zusammenarbeit, um die Umweltkrise anzupacken, wäre unmöglich.

Freiheit beginnt, wo die Notwendigkeit endet

Engels schrieb im Anti-Dühring, dass das Reich der Freiheit beginne, wo die Notwendigkeit ende. Das bedeutet, dass es notwendig ist, alle materiellen Bedürfnisse zu befriedigen, um sowohl individuelle Freiheit zu erlangen als auch, könnte man jetzt hinzufügen, die Freiheit wirksam einzugreifen, um einen ökologischen Zusammenbruch zu vermeiden. MarxistInnen denken, dass Überfluss eine notwendige Bedingung für eine voll entwickelte sozialistische Gesellschaft ist. Die Abschaffung von Mangel wird die Ursachen von Ungleichheit, Ausbeutung und Konflikten beseitigen und daher die Grundlage für die notwendige Zusammenarbeit zur Regeneration der Umwelt schaffen. Aber dazu werden Wachstum und Investitionen erforderlich sein.

Die meisten Grünen argumentieren, dass jedes Wachstum unnachhaltig sei, egal wie viel zur vollständigen Beseitigung von Knappheit und Mangel auf der ganzen Welt erforderlich ist. MarxistInnen drehen das Argument um: Es ist unmöglich, Umweltprobleme ohne wirksame internationale Planung anzugehen, für die eine Voraussetzung die Beseitigung von Konflikten ist, die aus Knappheit entstehen. Befriedigung von Bedürfnissen bedeutet aber nicht, dass sie unbegrenzt sind und sich weiter unbegrenzt ausdehnen werden. Die Grundbedürfnisse der Mehrheit der Weltbevölkerung sind stabil, das heißt Kleidung, Nahrung, ein Dach über dem Kopf, Gesundheitsversorgung, etc. Sie machen die Mehrheit der Konsumausgaben aus. In den industrialisierten Ländern, mit Hochdruckverkauf und -marketing kann es scheinen, dass es eine unbegrenzte Nachfrage nach dem neusten unnötigen Schnickschnack gebe. Es gibt aber tatsächlich einen Trend weg von übertriebenem Verbrauch unter den wohlhabenden Mittelschichten, wo Freizeit für die persönliche Entwicklung zunehmend über weiteren Verbrauch gestellt wird, zum Beispiel in Kalifornien. Im Sozialismus wird ein ähnlicher Trend auftreten, wenn das Wohlstandsniveau der Mehrheit auf ähnliche Höhen steigt. Auch die habsüchtigen Gewohnheiten der Einzelnen, die von der Marktwirtschaft genährt werden und die Triebkraft des Wirtschaftsverhaltens in einer Gesellschaft auf der Grundlage der Knappheit sind, werden schrittweise verschwinden, wenn Ungewissheit und Sorge um die Zukunft zurückgehen und Hochdruckverkauf aufhört.

Stationäres Gleichgewicht

Diese Faktoren zeigen an, dass es die Möglichkeit geben wird, dass der Verbrauch sich langsam in einem stationären Gleichgewicht einpendelt, allerdings auf einem viel höheren Niveau als dem heutigen. Es ist unmöglich, genau zu bestimmen, was dieses höhere Gleichgewichtsniveau des Verbrauchs sein wird, weil es von einer Vielzahl nicht vorhersagbarer Faktoren abhängen wird, nicht zuletzt davon, wie schnell sich die menschliche Psyche an die neuen Bedingungen anpasst. Nehmen wir einmal an, um die Argumentation so konkret wie möglich zu machen, dass der Verbrauch im Sozialismus 50% höher sein wird als das gegenwärtige Niveau in den fortgeschrittenen Industrieländern. Das würde einem Lebensstandard entsprechen, wie ihn gegenwärtig die Mittelschichten im reichsten kapitalistischen Land, den USA, genießen. Damit ein harmonisches, wirksames, sozialistisches System bestehen kann, muss die gesamte Bevölkerung des Planeten

einen vergleichbaren Lebensstandard haben, das heißt, dass das Verbrauchsniveau der industrialisierten Welt für alle gelten muss. Dies erfordert eine Verringerung der ökologischen Intensität um 97% für Nachhaltigkeit, wenn die Prognosen für eine große Bevölkerungszunahme weiter verwendet werden (siehe Anhang, Beispiel 3 für Details). Aber die Annahme, dass sich die Bevölkerung im "Süden" verdoppeln wird, wird sich nicht notwendig verwirklichen, weil es eine klare Beziehung zwischen sinkendem Bevölkerungswachstum und steigendem Verbrauch gibt, sogar in Ländern, wo der Lebensstandards verhältnismäßig niedrig war, wie im früheren Sowjetblock.

In einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft wird es neben einer Zunahme im Verbrauch auch ein wachsendes Sicherheits- und Solidaritätsgefühl (im Unterschied zur früheren Sowjetunion) geben, was ein anderer Faktor ist, der das wahrgenommene Bedürfnis nach dem "Schutz" großer Familien verringern wird. Also wird, wenn die gegenwärtigen Prognosen für die Bevölkerungszunahme im Sozialismus nicht erreicht werden, das Ausmaß des Umweltproblems entsprechend zurückgehen. (Anzuerkennen, dass die Rate des Bevölkerungswachstums fallen kann, bedeutet in keiner Weise, Bevölkerungskontrolle zu unterstützen, wie sie von manchen Grünen als Weg aus der Krise befürwortet wird. Abgesehen von den humanitären Überlegungen sind solche Methoden kontraproduktiv, weil sie unter den sehr Armen notwendig ungeheure Feindschaft gegen den Staat schüren und Bemühungen zum Aufbau menschlicher Solidarität vereiteln, die für das sozialistische Projekt notwendig ist. Wo solche Programme durch den Staat eingeführt wurden, haben sie zu regelrechten Aufständen und dann ihrem Zusammenbruch wie in Indien unter Indira Gandhi in den Siebziger Jahren geführt oder passivem Widerstand und Scheitern wie in China).

In einem sozialistischen Staat würde das Ausmaß der ökologischen Herausforderung auch durch die Umverteilung des Reichtums der Superreichen vermindert werden, die im Vergleich zum Rest der Gesellschaft einen unverhältnismäßigen Teil der Ressourcen, z.B. für Privatjets, nutzen. Da die Reichen 5% der Produktion verbrauchen, wird die Beseitigung ihres Verbrauch einen kleinen, aber beachtlichen Unterschied machen. Das und die Möglichkeit einer geringeren Bevölkerungszunahme als erwartet, wird das Problem der Reduzierung der Umweltverschmutzung zwar mildern, das Ausmaß der Aufgabe wird aber immer noch riesig sein und die Umgestaltung der gegenwärtigen Muster der Energie- und Ressourcennutzung erfordern, so dass die ökologische Intensität um mehr als den Faktor 10 verringert wird.

Grüne werden argumentieren, dass, da eine so starke Reduzierung der ökologischen Intensität ihrer Meinung nach unmöglich ist, die Zunahme im Verbrauch aller auf dem Planeten gemäß den hier vorgestellten Gedanken unnachhaltig sein und die biophysisch Grenzen des Erdballs zum Erhalt des Lebens überschreiten wird. Es ist möglich, dass es solche natürlichen Grenzen gibt, aber es ist unmöglich zu sagen, wo genau sie liegen, da das von den Möglichkeiten abhängt, erneuerbare Energien einzusetzen und neue Technologien für vergrößerte Produktivität einzuführen. (Es gibt eine interessante, unter UmweltschützerInnen populäre Theorie, die aus dem Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik abgeleitet ist, die angeblich zeigt, dass jede menschliche Tätigkeit unumkehrbare Zunahmen an "Entropie" oder ökologischer Unordnung erzeugt, die schließlich zu einem Umweltzusammenbruch führt. Obwohl die Idee wissenschaftlich attraktiv ist, sind die empirischen Belege die sie stützen begrenzt. Insbesondere sagt sie nicht konkret voraus, wo die Grenzen des Wachstums sind, abgesehen von der Aussage, dass es sie theoretisch gibt). Es kommt aber nicht darauf an, ob es eine natürliche Grenze menschlicher Ressourcennutzung gibt, da nicht vorgeschlagen wird, den Verbrauch unnachhaltig zu steigern, sondern vielmehr die Möglichkeiten zu erforschen, den Ressourcengebrauch mit sozialistischen Methoden umzugestalten

Ein sozialistischer Plan für Nachhaltigkeit

Ökologische Intensität ist der Schlüsselfaktor für den Umgang mit den Auswirkungen von gesteigertem Verbrauch auf die Umwelt. Eine Verringerung dieses Werts kann auf drei verschiedenen Wegen erreicht werden: Erstens durch eine Veränderung der Zusammensetzung des Wirtschaftsoutputs hin zu weniger schädlichen Produkten. Zweitens, indem schädliche Wirtschaftsinputs wie fossile Brennstoffe durch erneuerbare Energiequellen ersetzt werden. Und drittens durch die Entwicklung neuer Technologien, um die Ressourcen effizienter nutzen zu können. Eine vierte Möglichkeit ist die Verringerung des Intensitätskoeffizienten durch die Veränderung nicht nur der technischen, sondern auch der sozialen Produktionsbedingungen.

Wen man diese Möglichkeiten einzeln durchgeht, könnte die Veränderung in der Zusammensetzung des Outputs durch die Förderung von öffentlichen Verkehrsmitteln und energieeffizienten Transportmitteln geschehen. SozialistInnen lehnen nicht aus Prinzip den Besitz von Privatautos ab. Vielmehr wird es darum gehen, umweltfreundliche Fahrzeuge zu entwickeln (die z.B. durch erneuerbare Energiequellen angetrieben und aus recycelten Materialien hergestellt sind). Ein anderes Beispiel ist die weitgehende Ersetzung von Kurz- und Mittelstreckenflügen durch Hochgeschwindigkeitszüge, wiederum angetrieben durch erneuerbare Energiequellen. Es ist reaktionär, vorzuschlagen, wie es die meisten UmweltschützerInnen tun, dass Verkehr aus Umweltgründen beschränkt werden sollte. Denn dadurch wären die Menschen zum Leben in einer beschränkten geographischen Umwelt gezwungen. Eine sozialistische Gesellschaft wird völlige Bewegungsfreiheit fördern, um die internationale Solidarität zu schaffen, die unter anderem für ökologische Zusammenarbeit notwendig ist. Umweltschützer sagen oft, dass die Ersetzung der Produktion von Waren durch Dienstleistungen ein wichtiger Weg zur Veränderung des wirtschaftlichen Outputs sei, weil sie weniger energieintensiv sind. Es ist richtig, dass mit der Entwicklung des Sozialismus die Menschen ihre grundlegenden Bedürfnisse befriedigen und sich dann der persönlichen Entwicklung zuwenden werden, was bedeuten wird, dass der Dienstleistungsbereich größer als die produzierende Industrie werden wird. Aber dies wird erst geschehen, nachdem eine große anfängliche Steigerung der Güterproduktion die Grundlage für die harmonische weitere Entwicklung der Gesellschaft geschaffen hat. Die in diesem Prozess produzierten Waren könnten auf nachhaltiger Grundlage hergestellt und verwendet werden.

Der zweite Faktor, der zur Verringerung der ökologischen Intensität wichtig ist, ist die Ersetzung schädlicher Wirtschaftsinputs, wie z.B. fossiler Brennstoffe, nicht recyclebarer Materialien oder Uran für Atomkraft, durch nachhaltige. Ein Anfang kann gemacht werden, indem die gegenwärtige Sonnen-, Wind- und Wellenkräftetechnologie genutzt und dann deren Effektivität durch Investitionen weiterentwickelt wird. Andere, bisher unentdeckte Techniken werden sich auch herausbilden, wenn genügend Ressourcen in diesen Bereich gesteckt werden. Das gleiche gilt für Durchbrüche bei bestehenden Ansätzen wie der Kernfusion. Plastik, das aus fossilen Brennstoffen hergestellt wird, könnte weitgehend durch nachhaltige Materialien ersetzt werden, die heute schon verfügbar sind, wie z.B. hochwertige Keramik. Diese Entwicklung wird dadurch gebremst, dass in diesem Bereich nicht die nötigen Investitionen zur Einführung neuer effizienter Produktionstechnologie getätigt werden, weil es im Marktsystem profitabler ist, weiter auf Plastik zu setzen. Die Nutzung neuer Technologien, der oben angeführte dritte Faktor, kann die Effizienz bei der Ressourcennutzung nicht nur erhöhen, indem neue und bessere Wege der Energieerzeugung entwickelt werden, sondern auch dadurch, dass der Produktionsprozess energieeffizienter wird.

Der vierte Weg, eine ökologische Veränderung zu erreichen ist durch die Umgestaltung der sozialen Beziehungen in der Gesellschaft, so dass sie nicht mehr auf Privateigentum basieren, sondern auf Gemeineigentum. Solch ein Gesellschaftssystem, dessen Grundlage Bedürfnisse und nicht Profite sind, würde in Bezug auf Energieeinsparung ungeheure Vorteile bieten. Zum

Beispiel würden dadurch die Verdopplung von Kapazitäten, absichtlicher Verschleiß und die in großem Umfang betriebene Zerstörung von Fabriken und Maschinen in Krisen vermieden, die für das kapitalistische Profitsystem charakteristisch sind. Die Beseitigung dieser Merkmale des Systems wird die Energienutzung beträchtlich effizienter machen und damit die Umweltverschmutzung verringern. Aber der größte ökologische Vorteil einer sozialistischen Gesellschaft, in der die Produktion durch Bedürfnisse und nicht Profit angetrieben wird, ist die Möglichkeit, die Probleme, vor denen wir stehen, durch demokratische Planung anzupacken, im Unterschied zu der unausweichlichen Zerstörung der Umwelt, die mit der Anarchie der kapitalistischen Produktion verbunden ist.

Wenn man die oben genannten Zahlen als richtig anerkennt, ist das Ausmaß der Aufgabe sehr groß, da praktisch alle gegenwärtigen Energiequellen und nicht recyclebaren Materialien ersetzt werden müssen, wenn die ökologische Intensität um mehr als 90% verringert werden soll. Aber die grundlegenden menschlichen und materiellen Ressourcen, um das zu erreichen, sind heute vorhanden. Es geht darum, sie einzusetzen und zu entwickeln. Etwas, was unter den Bedingungen der kapitalistischen Anarchie nicht erreicht werden kann. Mit einer demokratischen Planwirtschaft würde sofort der Anfang gemacht, die notwendigen Änderungen herbeizuführen. Dies wird aber ein langer Weg sein, da die Prozesse der Degeneration und Regeneration langfristig sind, so dass ein Umweltplan beträchtliche und in sich stimmige Verbesserungen über vielleicht 50 Jahre hinweg umsetzen muss. In dieser Zeit wird die notwendige Verringerung der ökologische Intensität um 90% und mehr schrittweise erreicht werden.

Woher werden die Ressourcen für nachhaltiges Wachstum kommen?

Es wurde geschätzt, dass die Kosten, um Nachhaltigkeit nur bei den Treibhausgasemissionen in den USA zu erreichen, in 50 Jahren auf 3% des BIP ansteigen würden, zu heutigen Preisen 300 Milliarden Dollar pro Jahr. Es wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Umsetzung dieser Aufgabe in einem kapitalistischen System zu einem Einbruch der Profite führen und daher nicht umgesetzt würde (Planung über diesen Zeitrahmen ist im Kapitalismus auch unmöglich). Auf der anderen Seite können in einer sozialistischen Wirtschaft die nötigen Ressourcen, um das Ziel der Verringerung der ökologische Intensität auf ein Zehntel zu erreichen, auf folgende Weise gewonnen werden:

1. Durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Wir haben jetzt in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern wieder, was Marx "eine ständige Armee von Arbeitslosen" nannte. In Britannien gibt es am Ende des gegenwärtigen "Booms" immer noch eine reale Arbeitslosigkeit von knapp 2 Millionen, was an verlorener Produktion und Sozialversicherungsbeiträgen schätzungsweise 5.000 Pfund pro Familie und Jahr kostet. Eine Planwirtschaft wird allen Arbeit garantieren können, wobei Umschulung dafür sorgen würde, dass die neuen Arbeitsplätze den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Die Unmengen von Geld, die dadurch gespart würden, könnten zum Teil für Umweltprojekte verwendet werden.
2. Es wird keine Luxusausgaben für die Reichen mehr geben und die ArbeiterInnen in den energieintensiven Luxusgüterbranchen (z.B. die Herstellung von Rolls-Royces, Yachten etc.) würden so eingesetzt werden, dass sie allgemeinere Bedürfnisse erfüllen. Die kapitalistischen Experten verweisen immer wieder gerne darauf, dass die Abschaffung des Wohlstands der Reichen nicht die Probleme der Gesellschaft lösen wird, da, so obszön ihr Reichtum auch sei, es nicht genug von ihnen gäbe um relevant zu sein. Das mag sein, aber dennoch verbrauchen die Reichen 5% des Volkseinkommens, was sich in Großbritannien auf 40 Milliarden Pfund im

Jahr beläuft. Eine nicht unbeträchtliche Summe, von der man einen Teil nutzen könnte, um die Kampagne für Nachhaltigkeit anzugehen, ebenso wie die Umgestaltung des Gesundheitswesens.

3. Keine weiteren Rüstungsausgaben. Im Weltmaßstab ist die Verschwendung von Ressourcen für Waffen riesig. Am Ende des Kalten Krieges erreichte sie fast eine Billion Dollar pro Jahr, auch wenn sie dann in einem gewissen Maß zurückging. Diese Summe macht ungefähr 1000 Dollar pro Jahr für jede Familie auf dem Planeten aus, ein Geldbetrag, der ein erster großer Schritt wäre, um die Mehrheit der Weltbevölkerung aus der quälenden Armut zu befreien. Es wäre selbst für eine Planwirtschaft eine beachtliche Aufgabe, Millionen hochqualifizierte ArbeiterInnen in der Rüstungsindustrie umzuschulen, von denen manche in Projekten für erneuerbare Energie arbeiten werden. Dass aber unter dem Kapitalismus so eine Umgestaltung nie stattfinden wird, ist sicher. Dies liegt daran, dass die Ursachen für die Rüstungsausgaben nicht verschwinden werden, d.h. die Feindseligkeit zwischen den rivalisierenden kapitalistischen Ländern. Und selbst wenn sie es täte, könnte das Marktsystem wegen seinem anarchischen Charakter nicht die notwendige Verlagerung von Ressourcen leisten.
4. Beseitigung der Verschwendung des Kapitalismus. Die Welt wird von einer Handvoll multinationaler Konzerne beherrscht, wodurch Ausgaben bei Forschung und Entwicklung doppelt gemacht werden, unnötige Summen für Werbung und Designprodukte ausgegeben werden, bei denen es absichtlichen Verschleiß gibt. Zum Beispiel geben konkurrierende Pharmakonzerne Milliarden für die Entwicklung von verschiedenen Schmerzmitteln aus, die sich in ihrer Wirksamkeit nur minimal unterscheiden. Dieses Vorgehen führt zu einer kolossalen Verschwendung von Ressourcen und Energie, ist aber völlig logisch, wenn Profit die Triebkraft ist.
5. Befreiung der Kreativität der ArbeiterInnenklasse. ArbeiterInnen im Marktsystem haben keinen Anreiz, viel Energie darauf zu verwenden, den Bossen auszuhelfen. In einer sozialistischen Gesellschaft wird es dagegen möglich sein, die kreativen Instinkte der Beschäftigten zu befreien, weil es keinen grundlegenden Interessenkonflikt mehr geben wird. Dieser Faktor ist zwar schwer in Zahlen auszudrücken, wird aber langfristig der wichtigste Vorteil des Sozialismus sein. ManagementtheoretikerInnen betonen oft, dass die wirklichen ExpertInnen, wenn in einer Firma ein Problem gelöst werden muss, die ArbeiterInnen selbst sind.

Selbst in der - ökologisch gesehen kurzen - Anfangsperiode des Sozialismus, in der es zehn oder fünfzehn Jahre lang ein starkes Wachstum geben wird, können wirkliche Fortschritte hin zu Nachhaltigkeit erreicht werden, besonders durch die Entwicklung neuer Technologien. Aber die Umwelt wird und kann in dieser Periode nicht die einzige Priorität sein. Die zum Erreichen von Nachhaltigkeit notwendige internationale Zusammenarbeit wird davon abhängen, dass menschliche Solidarität geschaffen wird, die nur auf allgemeinem Wohlstand beruhen kann. Diese Tatsache gibt eine Antwort auf die Kritiker, die sagen werden, dass die ökologische Lage zu dringend und ernst ist, um irgend eine Verzögerung oder Abzweigung von Ressourcen für andere Aufgaben zuzulassen. Eine Verzögerung ist sowieso unausweichlich, weil eine beträchtliche Anfangsperiode der Schadenabschätzung und sorgfältigen Planung des weiteren Vorgehens notwendig sein werden.

Die Methoden sozialistischer Planung

Nach der anfänglichen Phase des schnellem Wachstums wird sich eine stationäre Gesellschaft herausbilden, in der die ungeheure Macht der Planung in Verbindung mit der Befreiung mensch-

licher Fähigkeiten und Energie unter dem Sozialismus riesige Schritte zur Erhaltung der Umwelt ermöglichen wird.

Da ein Schlüssel dieses Erfolges die Einführung eines wirksamen Planungssystems sein wird, stellt sich die Frage, woraus dieses eigentlich besteht. Es setzt Ressourcen in Form von Arbeit und Rohstoffen für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ein, zum Nutzen der gesamten Gesellschaft anstatt für die Profite der Kapitalisten. Es wird auf drei Ebenen wirken: national und international, auf Branchen- oder Sektorebene und im einzelnen Unternehmen. Schauen wir sie nacheinander an:

1. Die wirtschaftliche Leistung im Allgemeinen wird auf nationaler und internationaler Ebene entschieden werden. Es wird Ziele für Produktivitätswachstum, Investition, Verbrauch und natürlich Nachhaltigkeit geben, die demokratisch von Institutionen bestimmt werden, die nach dem Sturz des Kapitalismus geschaffen werden. Hier werden die Entscheidungen über die Prioritäten getroffen, die die Gesellschaft in der Anfangsphase haben muss, zum Beispiel zwischen Gesundheitsausgaben, Wohnungen oder Umwelt.
2. Auf Sektorebene wird es notwendig sein, die Verbrauchernachfrage für die Güter oder Dienstleistungen der jeweiligen Branche zu ermitteln und einen wirksamen Austausch von Rohstoffen und Halbfabrikaten mit anderen Sektoren, z.B. Zulieferern, zu organisieren. Die Nachfrage wird ermittelt werden durch Informationen von einflussreichen aktiven Verbrauchergremien und durch Verwendung der hoch entwickelten Werkzeuge der Marktforschung, die im Kapitalismus entwickelt wurden. Um die Bewegung von Gütern zwischen Branchen zu organisieren und Engpässe zu vermeiden, wird es möglich sein, die Techniken wie Unternehmensforschung zu nutzen, die von den großen kapitalistischen Monopolen zur Planung der komplexen Bewegung von Gütern zwischen ihren Betrieben auf der ganzen Welt entwickelt wurden.
3. Planung auf Unternehmensebene. Die oben unter 2. erwähnten Methoden, Verbraucher-Innenkomitees und Marktforschung, werden auch hier benutzt werden, um die Bedürfnisse und Vorlieben der VerbraucherInnen zu ermitteln. Es ist auch wahrscheinlich, dass für die Unternehmen der Konsumgüterbranchen (im Unterschied zu den Herstellern von Kapitalgütern) in der Übergangsphase vom Kapitalismus eine Art Marktssystem beibehalten werden wird. Dies könnte durch Kleinunternehmen oder ArbeiterInnenengenossenschaften geschehen, aber nur im Rahmen der verstaatlichten Wirtschaft. Wenn der Marktsektor zu groß wäre, bestünde die Gefahr, dass er die ihm innewohnenden Ungleichheiten der Gesellschaft aufzwingt.

Seit Marx' Tagen und besonders seit der Russischen Revolution haben Akademiker ganze Bibliotheken von Büchern darüber geschrieben, warum der Sozialismus nicht funktionieren kann. Hier kann nur kurz auf die wichtigsten Fragen eingegangen werden. Einer der Hauptkritikpunkte ist, dass eine effiziente Verteilung der Rohstoffe nicht möglich sei, da die moderne Industriegesellschaft, in der täglich Millionen von Wirtschaftsinteraktionen stattfinden, viel zu komplex sei. Aber die meisten dieser Wirtschaftsinteraktionen verlaufen zwischen Unternehmen, an ihnen sind VerbraucherInnen nicht beteiligt. Es ist ziemlich klar, dass heutige multinationale Firmen eine Planung von ähnlicher Komplexität wie die unter dem Sozialismus erforderliche die ganze Zeit betreiben. Die Tätigkeit der multinationalen Konzerne beantwortet eine weitere Kritik, dass nämlich die Festlegung des Preises durch das Wirken von Angebot und Nachfrage der einzige effiziente Weg sei, den Austausch von Gütern zu betreiben. In ihren internationalen Operationen verschieben Firmen wie General Motors einfach Ressourcen zwischen Ländern und Werken ohne Bezug zum Markt.

Was die Planung für Verbraucherbedürfnisse betrifft, ist die Schlüsselfrage, dass es aktive demokratische Institutionen geben sollte, die die Planungsgremien zwingen können, auf ihre Forderungen zu reagieren. Zusätzlich werden Techniken wie Marktforschung und die Nutzung des Internet die Aufgaben, vor denen künftige sozialistische PlanerInnen stehen, sehr viel einfacher machen als sie für die entsprechenden Personen in der jungen Sowjetunion waren. Es ist aber wichtig, nicht die Rolle die das Internet spielen wird zu übertreiben oder nach einem "technischen Trick" zu suchen - das Bestehen demokratischer Einrichtungen wird entscheidend sein. Die Rolle demokratisch gewählter und mächtiger Verbrauchergremien wird auch sicherstellen, dass kein Ramsch produziert und die Qualität aufrecht erhalten wird. Hier können auch die Vorteile von modernen Techniken des Produktionsmanagements angewandt werden, weil eine künftige sozialistische Gesellschaft anders als die Sowjetunion eine industrielle Tradition bzw. Kultur erben wird, die mit dem höchsten Niveau der Technik verbunden ist, das vom Kapitalismus entwickelt wurde.

Planung und Umwelt

Demokratische, rationale Planung wird eine ständige Verbesserung in den ökologischen Bedingungen über viele Jahrzehnte hinweg ermöglichen, bis volle Nachhaltigkeit erreicht ist. Vor allem werden die Umweltbedingungen nicht der Laune des kapitalistischen Marktes unterworfen sein, wo sie auf der Prioritätsskala immer hinten stehen werden. Von den oben erwähnten drei Bereichen einer sozialistischen Wirtschaft ist der erste der wichtigste für die Umwelt, Planung auf nationaler und besonders internationaler Ebene. Hier wird es um den direkten Einsatz von Ressourcen für Verbesserungen gehen, die in allen Ländern demokratisch beschlossen wurden. Die Planungsgremien werden die fortschreitende Ersetzung fossiler Brennstoffquellen durch erneuerbare Energiequellen und die Beseitigung nicht recyclebarer Materialien organisieren. Investitionen werden in Sektoren mit geringer ökologischer Intensität wie öffentlichen Verkehrsmitteln und Forschung zur Förderung der Nachhaltigkeit gesteckt, die neue, umweltfreundliche Energiequellen für privaten Transport oder Stromerzeugung beinhalten könnten.

In der breiteren Wirtschaft wird es notwendig sein, bei der Festlegung von Wachstumsplanziele sicherzustellen, dass die Kosten für Umweltschäden nicht in der Definition von "Wachstum" enthalten sind, wie das unter dem Kapitalismus passiert. Dies kann einfach durch die Anpassung einer gegenwärtigen Methode zur Messung der "Nachhaltigkeitslücke" gemacht werden. Diese zeigt in materiellen Ausdrücken, die von einem Planer verwendet werden können, den Grad an Verbrauch an, der über den für Nachhaltigkeit erforderlichen hinausgeht. Die Indikatoren für die Nachhaltigkeitslücke beziehen sich auf verschiedene Wirtschaftssektoren, so dass die Gebiete, auf die man sich konzentrieren muss, bestimmt sind. Dies kann dann die Grundlage für die Ziele abgeben, die in den Plan einbezogen werden müssen.

Im Übergang zu einer voll entwickelten sozialistischen Wirtschaft wird der Verbrauchsgütersektor noch durch Preismechanismen geregelt sein, die als eine Art Marktsystem wirken. Dies wirft die Frage auf, ob Verbraucherverhalten durch Marktmechanismen in eine umweltfreundliche Richtung gelenkt werden sollte, z.B. durch die Erhöhung der Mineralölsteuer. Der wichtigste Punkt ist hierbei, wie oben erläutert, dass der Schlüssel zu Nachhaltigkeit in der Umsetzung von Politik auf internationaler und nationaler Ebene liegt, durch Einführung von Wind-, Wellen- und Sonnenenergie zum Beispiel. Es wird nicht notwendig sein, die Mineralölsteuern zu erhöhen um das zu finanzieren, weil vom demokratischen Plansystem ausreichende Ressourcen geschaffen werden. Es stimmt, dass Verbraucherverhalten bei der Wahl, zum Beispiel zwischen privaten und öffentlichen Verkehrsmitteln, auf Preise reagiert. Aber eine Subvention für letztere,

die sowohl die Preise senken als auch die Kapazität vergrößern würde, hätte eine positivere Wirkung auf das Verhalten als eine Mineralölsteuererhöhung. Das wäre auch gerechter, weil Mineralölsteuern tendenziell die Armen am härtesten treffen. Dies wird besonders in den "südlichen" Ländern der Fall sein, die sich unter dem Sozialismus schnell entwickeln werden, wo aber trotzdem noch die Kosten für Heizen und Kochen einen großen Teil der Ausgaben ausmachen werden.

Andere Schlüsselfaktoren für die ökologische Umgestaltung wie die Entwicklung neuer Technologien werden durch direkte Investitionen erreicht werden. Marktmechanismen werden in einem Umweltplan bestenfalls eine marginale Rolle spielen, auch wenn manche der Methoden, die entwickelt wurden, wie die Kosten-Nutzen-Analyse nützlich sein könnten, wenn sie von den Verzerrungen befreit würden, die sie bei ihrer Anwendung im kapitalistischen Rahmen erleiden.

Planungswerkzeuge, die für die nationalen kapitalistischen Wirtschaften oder multinationale Konzerne entwickelt wurden, können auf die Umwelt angewandt werden. Dies könnten Vermarktungsmethoden sein, die genutzt werden um das Verbraucherverhalten vorherzusagen oder Werkzeuge zum gezielten Einsatz von Ressourcen. Das nützlichste und mächtigste von ihnen ist die Input-Output-Analyse, die von Wassily Leontief auf der Grundlage seiner Arbeit in der staatlichen Plankommission, Gosplan, in der Sowjetunion in den zwanziger Jahren geschaffen wurde. Leontief kam in den dreißiger Jahren in den Westen und wandte seine Idee auf Firmen und Volkswirtschaften, besonders die USA, an. (Im Nachkriegsboom, als die Bedingungen verhältnismäßig stabil waren, schien es, dass seine Technik nützlich zur Vorhersage von Wirtschaftsverhalten sei und sie passte zur damals populären reformistischen Idee, Marktssysteme zu planen).

Die Input-Output-Analyse bestimmt die Beziehung zwischen den Hauptzweigen der Volkswirtschaft. Leontiefs ursprüngliche Input-Output-Tabelle bezieht sich auf elf Industriebranchen plus Landwirtschaft, Transport und die Haushalte. Sie hat die Form einer Matrix, in der die Branchen horizontal und vertikal angeordnet sind. Die horizontalen Zeilen zeigen, was jede der 14 Branchen an die 13 anderen verkauft, während die vertikalen Spalten zeigen, welche Ressourcen jede Branche von den anderen kauft. Als einfachen Ausgangspunkt nimmt man an, dass die Beziehungen zwischen den verschiedenen Branchen stabil bleiben. Für eine Steigerung der Stahlproduktion um 10 % ist eine Steigerung der Kokslieferung durch eine andere Branche um ebenfalls 10 % nötig. Auf diese Weise können technische Koeffizienten zwischen allen Produktionszweigen in beliebig großer Zahl ausgearbeitet werden und einen sehr komplexen Charakter annehmen, womit Computer aber leicht fertig werden. Dadurch können Vorhersagen gemacht werden, welche Ressourcen benötigt werden, um eine bestimmte Plananforderung zu erfüllen.

In den Siebziger Jahren entwickelte Leontief sein System weiter, um Umweltressourcen einzu beziehen. Die unten skizzierte, vereinfachte Input-Output-Tabelle, zeigt die Verflechtung zwischen Wirtschafts- und Umweltsystemen. Feld 1 zeigt die Abhängigkeit zwischen Sektoren der Wirtschaft, z.B. Verbrauch, Kapitalinvestition etc. und Endnachfrage. Feld 2 enthält die Umweltoutputs, die als Inputs für die verschiedenen Wirtschaftssektoren genutzt werden (z.B. Rohstoffe, Wasser, Sauerstoff) oder die direkt in die Endnachfrage gehen, ohne in der Produktion genutzt worden zu sein (z.B. Sauerstoff).

Feld 3 ist der Output des Wirtschaftssystems in die Umwelt, das heißt die Emissionen, die bei Produktion und Verbrauch auftreten. Wenn die Sektoren getrennt betrachtet werden, zeigen Felder 2 und 3 die Umweltinputs nach Sektoren beziehungsweise die Sektorquellen von Emissionen an.

INPUTS OUT-PUTS	Wirtschaft	Umwelt
Wirtschaft	1	3
Umwelt	2	4

Leontiefs Input-Output-Tabelle für Umweltplanung

Eine Aufteilung der Umwelt in die Sektoren Boden-, Wasser- und Luftsysteme, zeigt, aus welchen Systemen natürliche Ressourcen kommen, und in welche Sektoren der Umwelt Emissionen gehen. Schließlich enthält Feld 4 den Austausch zwischen Umweltsektoren. Die Technik wird zum Beispiel die Schätzung der Menge an Giftstoffen (in Tonnen) erlauben, die durch ein bestimmtes Niveau von Verbrauchernachfrage geschaffen werden. Das hier beschriebene, vereinfachte System kann ausgedehnt und weiterentwickelt werden, so dass es eine komplexe Anzahl von Beziehungen enthält, die alle Umwelt- und Wirtschaftsfaktoren verbinden, so dass es ein effektives Planungswerkzeug wird.

Lehren aus der Sowjetunion

Die Sowjetunion war der erste ArbeiterInnenstaat der Welt und am Anfang ein Vorbild für alle Armen und Unterdrückten auf dem Planeten. Aber zur Zeit ihres Zusammenbruchs vor mehr als zehn Jahren war sie nicht nur wirtschaftlich gescheitert, sondern war auch ein Synonym für ökologische Verwüstung. Große Regionen von Zentralasien wurden durch unnachhaltige intensive Landwirtschaft zu Wüsten gemacht und der Aralsee, eine der größten Binnenwasserquellen der Erde, hörte praktisch auf zu existieren. Die Vergiftung der Luft und des Wassers hatten solche Ausmaße erreicht, dass ganze Gebiete unbewohnbar wurden. Das Bild wurde vervollständigt durch die schlimmste Atomkatastrophe der Welt in Tschernobyl. KritikerInnen werden argumentieren, dass solche Beweise zeigen, dass auch wenn das hier vertretene sozialistische Programm plausibel erscheint, die Erfahrung des "real existierenden Sozialismus" in der Sowjetunion das Gegenteil beweist.

Es wäre aber falsch, die Sowjetunion, abgesehen von ihren frühen Jahren, als in irgend einer Weise sozialistisch zu bezeichnen. Wirklicher Sozialismus muss sowohl auf einer Planwirtschaft als auch aktiven, demokratischen Gremien beruhen, die alle Aspekte der Gesellschaft kontrollieren, und die Bedürfnisse von ProduzentInnen, VerbraucherInnen und Umwelt harmonisieren. (Unter dem Kapitalismus wird es immer Gegensätze zwischen ihnen geben). Demokratische Organe sind nicht aus abstrakten Gründen notwendig, sondern als wesentlicher Mechanismus, der entscheiden wird, wie Ressourcen effizient und auf umweltfreundliche Weise eingesetzt werden. Leo Trotzki beschrieb die Sowjetunion als bürokratisch deformierten ArbeiterInnenstaat. Das heißt, dass der Kapitalismus zwar tatsächlich gestürzt war und daher die Gesellschaft technisch der ArbeiterInnenklasse gehörte, sie aber tatsächlich in den Händen von Bürokraten war, die alle Überreste von Demokratie zerstört hatten und die herrschten, um ihre eigenen Interessen zu bewahren.

Diese totalitäre Diktatur entstand Mitte der Zwanziger Jahre, als Stalin alle Elemente der ArbeiterInnendemokratie zerschlug, die die Oktoberrevolution 1917 geschaffen hatte, die den Kapitalismus stürzte. Dies war möglich, weil das Land durch Jahre des imperialistischen Krieges verwüstet, durch den von außen aufgezwungenen Bürgerkrieg erschöpft und als einzige sozialistische Gesellschaft in der Welt verfolgt und isoliert war. Unter diesen Umständen von totaler Verarmung entwickelte sich eine neue Schicht in der Gesellschaft, die politisch von Stalin vertre-

ten wurde, und deren Ziel es war, die damals vorhandenen geringen Ressourcen für sich zu sichern. Aber selbst unter diesen schrecklichen Bedingungen war diese politische Degeneration nicht unausweichlich, weil eine erfolgreiche ArbeiterInnenrevolution in einem reicheren Land (die nicht stattfand, aber möglich war) der UdSSR die materielle Unterstützung gegeben hätte, um als funktionierender sozialistischer Staat zu überleben.

Obwohl die Sowjetunion einen riesigen Mühlstein in Form der Bürokraten um den Hals hatte, wuchs sie wegen der Vorteile der Planung mit einer Geschwindigkeit die vorher und nachher nie dagewesen sind. Dies geschah aber um den Preis unglaublicher Verschwendung und Umweltzerstörung durch Missmanagement und Gleichgültigkeit der neuen herrschenden Kaste. Wie die entsprechenden kapitalistischen Führer hatten die neuen Herrscher keinen Grund, die Auswirkungen der Industrialisierung auf die Umwelt zu berücksichtigen, weil sie sich ganz auf ihre eigene Bereicherung konzentrierten.

Wenn Sozialismus in der Zukunft geschaffen wird, ist es extrem unwahrscheinlich, dass eine stalinistische Degeneration wieder passieren wird, da die Lage in Russland in den Zwanziger Jahren wegen einer einzigartigen Verbindung von Umständen so überwältigend ungünstig war. Dies wurde von Lenin und Trotzki, den Führern der Revolution, anerkannt, die die Perspektive hatten die Stellung zu halten, bis die ArbeiterInnen im Westen ihnen zur Hilfe kämen. Es ist viel wahrscheinlicher, dass die nächste sozialistische Gesellschaft einen Ausgangspunkt haben wird, der dem Lebensstandard der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder viel näher ist, wie das Marx ursprünglich vorhersah. Außerdem wurde aus dem Stalinismus gelernt, was zu vergrößerter Wachsamkeit darüber führen wird, dass die Entwicklung jedes Ansatzes von bürokratischer Degeneration verhindert wird. Lenin verstand die Gefahr und schlug vor, dass kein Sowjetbeamter mehr als den durchschnittlichen ArbeiterInnenlohn erhalten sollte, und dass gewählte VertreterInnen jederzeit abgewählt und abgelöst werden könnten. Ähnliche Vorschriften werden in einer künftigen sozialistischen Gesellschaft notwendig sein als Garantie gegen jede Wiederholung der Vergangenheit.

Ein Programm für nachhaltiges Wachstum

Ein langfristiges Investitionsprogramm für erneuerbare Energiequellen muss Vorrang haben und zur fortschreitenden Ersetzung von Öl-, Gas-, Kohle- und nuklear betriebenen Kraftwerken führen. ArbeiterInnen in diesen Branchen werden umgeschult und neu qualifiziert werden müssen für die verschiedenen Technologien in der Erzeugung von Wind-, Wellen- und Sonnenenergie.

Gleichzeitig wird die Erforschung und Entwicklung von neuen Techniken für Energieerzeugung massiv gesteigert werden müssen, ebenso die Arbeit zur Verbesserung der Nutzbarkeit und Effizienz der gegenwärtig verfügbaren erneuerbaren Energiequellen. Die zusätzlich für diese Arbeit notwendigen ExpertInnen können aus der Rüstungsindustrie übernommen werden, einem Sektor, der schnell heruntergefahren werden wird. Beträchtliche Ressourcen werden immer noch für die Behebung des schon bestehenden Schlamassels benötigt werden, besonders werden ArbeiterInnen in der Atomindustrie alle Hände voll zu tun haben, die Atomkraftwerke herunterzufahren und Wege zur sicheren Lagerung oder Neutralisierung von radioaktivem und giftigem Abfall zu finden.

Umweltfreundliche Verbrauchergewohnheiten können gefördert werden, indem man Schlüsselbereiche wie öffentlichen Nah- und Fernverkehr und die Verwendung recyclebarer Materialien subventioniert. Ökosteuern, die die Ärmsten am härtesten treffen, sollten allgemein nicht verwen-

det werden, es sei denn sie richten sich gegen bestimmte Bereiche von energieintensivem Luxuskonsum. Unternehmen sollten strengen Regelungen zur Befolgung von Umweltstandards unterworfen sein.

Für die Umsetzung dieses Programms ist ein umfassender Umweltplan notwendig, der nur effektiv sein kann, wenn die Energiebranchen verstaatlicht und unter demokratische Kontrolle und Management durch die ArbeiterInnen gebracht werden. Die für die ökologische Umgestaltung erforderlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung können auch nur effektiv sein, wenn sie Teil eines umfassenden Plans und mit anderen Aspekten wie Energieerzeugung und Verbrauchersubventionen verbunden sind.

Da das Problem der Umweltnachhaltigkeit praktisch alle Aspekte der Produktion von Gütern und Dienstleistungen betrifft, muss ein umfassender Energieplan Teil eines allgemeinen Plans sein, der nur auf der Übernahme der Kommandohöhen der Wirtschaft beruhen kann, was in der Praxis Verstaatlichung der 150 führenden Monopole bedeutet. Wenn dies gemacht wird, kann die dem kapitalistischen System inwohnende Anarchie und Verschwendung beseitigt werden und eine vernünftige sozialistische Alternative kann die Aufgabe der Rettung des Planeten vor dem gegenwärtigen Weg zur Zerstörung beginnen.

HINTERGRUNDLITERATUR

V Bhaskar, A Glynn(Hsg.), The North, the South and the Environment [Der Norden, der Süden und die Umwelt], Earthscan, 1995.

J Broome, Counting the Cost of Global Warming [Die Kosten globaler Erwärmung messen], White Horse Press, Cambridge, 1992

W R. Cline, Scientific basis for the greenhouse effect [Wissenschaftliche Grundlage für den Treibhauseffekt] Economic Journal, Nr. 101 (Juli) 1991, S. 904-19

Martin Cock, Bill Hopwood, Global Warming. Socialism and the Environment [Globale Erwärmung. Sozialismus und die Umwelt], Militant Publications, 1996

H E Daly, Steady State Economics [Stationäre Ökonomie], Earthscan, 1992

Paul Ekins, Economic Growth and Environmental Sustainability, The Prospects for Green Growth [Wirtschaftswachstum und Umweltnachhaltigkeit, Die Aussichten für Grünes Wachstum], Routledge, 2000.

M Kenny und J Meadowcroft (Hsg.), Planning Sustainability [Nachhaltigkeit planen], Routledge, 1999.

J J Kraushaar, R A Ristinen, Energy and the Environment [Energie und die Umwelt], Wiley, 1999.

E Kula, History of Environmental Economic Thought [Geschichte des umweltökonomischen Denkens], Routledge, 1998.

R Lecomber, Mac-millan, Economic Growth Versus the Environment [Wirtschaftswachstum gegen die Umwelt], 1975.

David Pepper, Eco-Socialism [Ökosozialismus], Routledge, 1993.

Saral Sarkar, Eco-Socialism or Eco-Capitalism [Ökosozialismus oder Ökokapitalismus], Zed Books, 1999.

Horst Siebert, Economics of the Environment: Theory and Policy [Umweltökonomie: Theorie und Politik], 4. Auflage, Springer, 1995.

Molly Scott Cato, Miriam Kennett, Green Economics [Grüne Ökonomie], Green Audit, 1999

ANHANG

Barry Commoner, der wohlbekannte Umweltautor und Theoretiker entwickelte die Gleichung zuerst in den Siebziger Jahren, die später in die Form $I = P \times C \times T$ modifiziert wurde. In dieser Formel ist I die ökologische Auswirkung, P die Bevölkerung, C der Verbrauch pro Kopf und T die ökologische Auswirkung pro Verbrauchseinheit. Die Folgerung aus dieser Formel ist auf den ersten Blick, dass die Zunahme des persönlichen Verbrauchs und der Bevölkerung die (negative) ökologische Auswirkung vergrößern wird. Aber wenn T (ökologische Intensität) gleichzeitig mit der Zunahme von P und C verringert wird, können die negativen Wirkungen dieser Zunahmen aufgefangen werden.

Berechnungen unter Verwendung der Commoner-Erlich-Gleichung. (Quelle: Ekins 2000)

Die Gleichung hat die Form:

$$I = P \times C \times T$$

Wenn wir annehmen:

PH ist die Bevölkerung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern mit hohem Einkommen, PL die entsprechende Zahl in Ländern mit niedrigem Einkommen, CH der Pro-Kopf-Verbrauch in den Ländern mit hohem Einkommen, CL der Pro-Kopf-Verbrauch für Gebiete mit niedrigem Einkommen

$$\text{Dann ist } I = [PH \times CH + PL \times CL] \times T$$

Im Moment ist PH = 902 Millionen, CH = 24.930 Dollar, PL = 4771 Millionen, CL = 1.090 Dollar, daher gilt:

$$I = [902 \times 4930 + 4771 \times 1090] \times T$$

Die Umformung der Gleichung ergibt den gegenwärtigen Wert der ökologischen Auswirkung pro Verbrauchseinheit,

$$T = I / [902 \times 10^6 \times 24930 + 4771 \times 10^6 \times 1090] = I / 27.69 \times 10^{12}$$

Man betrachte jetzt die drei im Hauptartikel erwähnten Fälle:

1. Wenn es kein Wachstum von Bevölkerung oder Verbrauch gibt und angenommen wird, dass I um 50 % verringert werden muss, um Nachhaltigkeit zu erreichen, dann geht aus der Gleichung klar hervor, dass T um den selben Betrag verringert werden muss, also um 50 %.
2. Wenn es im Verbrauch pro Kopf ein Wachstum um den Faktor vier gibt, die Bevölkerung der Länder mit hohem Einkommen auf 1.186 Millionen und die der Länder mit niedrigem Einkommen auf 10.160 Millionen steigt und die ökologische Auswirkung um 50 %, verringert wird, dann wird der neue Wert von T, der für Nachhaltigkeit notwendig ist, sein:

$$T_{\text{neu}} = 0,5 \times I / [1186 \times 106 \times 4 \times 24930 + 10160 \times 106 \times 4 \times 1090] = 0,5 \times I / 162,6 \times 1012$$

Wenn man diese Zahl durch die gegenwärtige Schätzung von T teilt, die oben hergeleitet wurde, ergibt sich:

$$T_{\text{neu}} = 0,09 \times T, \text{ das heißt, } T \text{ muss um } 91 \% \text{ verringert werden, um Nachhaltigkeit zu erreichen.}$$

3. Wenn die Bevölkerung wie im Beispiel oben steigt und der Verbrauch der ganzen Welt 50% höher als gegenwärtig in den Industrieländern ist, dann wird der neue Wert von T für Nachhaltigkeit sein:

$$T_{\text{neu}} = 0,5 \times I / [11346 \times 106 \times 1,5 \times 24930] = I / 8,5 \times 1014$$

Wenn man diese Zahl durch die oben angeführte gegenwärtige Schätzung für T teilt, ergibt sich: $T_{\text{neu}} = 0,033 \times T$, das heißt T muss um 97% verringert werden, um Nachhaltigkeit zu erreichen.

Wie zuverlässig sind diese Vorhersagen und wo kamen sie her? Ist eine 50%ige Verringerung der ökologischen Auswirkung notwendig für Nachhaltigkeit? Zunächst einmal muss man darauf hinweisen, dass die Commoner-Erlich-Gleichung auf jede Quelle von Umweltverschmutzung getrennt angewandt werden muss. Die Ergebnisse vieler verschiedener Umweltgefahren zu summieren, würde zu sehr willkürlichen Ergebnissen führen. Aber nehmen wir das Beispiel der globalen Erwärmung, das gravierendste Problem von allen: Das Regierungsübergreifende Panel zum Klimawandel (IPCC) sagt, dass die CO₂-Emissionen um 60% gesenkt werden müssen, um die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre zu stabilisieren. Andere Treibhausgase müssen laut IPCC im Durchschnitt um mehr als 70% verringert werden. Diese Statistiken deuten also an, dass eine 50%ige Verringerung in der ökologischen Auswirkung eine konservative Zahl ist, um die Bedingungen für Nachhaltigkeit in Bezug auf globale Erwärmung vorherzusagen.

Anmerkung

Ein komplizierender Faktor bei der Anwendung der Gleichung ist, dass sie annimmt, dass es keine Beziehung zwischen den Variablen P, C und T gebe. Es wurde aber behauptet, dass die Intensität im Ressourcenverbrauch (T) mit steigendem Verbrauch pro Kopf fällt, wobei die USA als Beispiel dienen. Dies würde die Verringerung von I, die für Nachhaltigkeit notwendig ist, tendenziell vergrößern im Vergleich zu dem Fall, dass keine Beziehung zwischen den Variablen angenommen wird. Man könnte aber auch andere Beispiele nennen, bei denen die Ergebnisse in die entgegengesetzte Richtung weisen. Es ist außerdem wichtig, die Berechnungen für den "Norden" und "Süden" zu trennen, weil sie vom Niveau des Verbrauchs her sehr verschieden sind

MARXISMUS UND UMWELTSCHUTZ

Sonja Grusch, Wien im Oktober 2003

Die Sorge um die Umwelt, die Angst vor vergiftetem Essen, verseuchtem Wasser, verschmutzter Luft ist heute allgegenwärtig. Viele von uns versuchen, einen Beitrag zu einer gesünderen Umwelt zu leisten - wir trennen Müll, verwenden Mehrwegflaschen und versuchen ökologischer zu konsumieren. Unsere Bemühungen sind aber nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der permanenten Verschmutzung durch die Industrie, den Verkehr und Kriege. Wer beginnt, sich näher mit dem Umweltthema zu beschäftigen stellt rasch fest, dass Umweltschutz nichts privates ist, sondern mit einer Reihe von Themen verbunden: mit Armut nicht nur in der "3. Welt", mit Kriegen, mit Arbeitsbedingungen. Viele Menschen, die über die Frage des Umweltschutzes politische aktiv geworden sind, beschäftigen sich mit sozialen Fragen. Die Verantwortung des kapitalistischen Profitsystems für die Zerstörung der Umwelt ist längst offensichtlich geworden. Insofern stellt sich für AktivistInnen der Umweltbewegung auch die Frage, ob Umweltschutz und Nachhaltigkeit im Kapitalismus möglich sind, oder ob der Kapitalismus selbst das Problem ist.

Das die linken Teile der Umweltbewegung heute zu großen Teilen außerhalb der ArbeiterInnenbewegung und der sozialistischen Organisationen stehen, liegt an den abschreckenden und umweltzerstörenden Beispielen der stalinistischen Staaten und in einem lange von der Gewerkschaftsbewegung vertretenen platten Wachstumsbegriff. In Österreich hat sich das im Konflikt rund um das AKW Zwentendorf, aber v.a. um das Kraftwerk Hainburg gezeigt, als ein scheinbarer Widerspruch zwischen Arbeitsplätzen und Umweltschutz konstruiert wurde. Diese Erfahrungen haben dazu geführt, dass viele AktivistInnen der Umweltbewegung meinen, es bestünde ein Widerspruch zwischen ArbeiterInnenbewegung und Ökologie. Dieser Widerspruch existiert aber nur, wenn man eine formale und damit falsche Vorstellung von Marxismus hat. Mit dem, was Marx, Engels und andere "KlassikerInnen" geschrieben und vertreten haben, hat es nichts zu tun.

"Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt erscheinen wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen" (Karl Marx, Das Kapital, Band 3)

Marx, Engels und die Ökologie

Wer Worte wie "Umweltschutz" und "Nachhaltigkeit" in Marx&Engels-Texten sucht, wird nicht fündig. Daraus aber ein ignorieren der Thematik abzuleiten ist falsch. In Schriften wie "Die Lage der arbeitenden Klasse in England", der "Deutschen Ideologie", der "Dialektik der Natur", dem

“Anti-Dühhing” und im “Kapital” haben sie sich allgemein, aber durchaus auch konkret mit diesen Fragen beschäftigt.

Schon 1876 beschäftigt sich Friedrich Engels in “Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affens” mit der Wechselwirkung Fortschritt und Umwelt. “Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausroteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungszentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirgs so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, daß sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahrs das Wasser entzogen, damit diese zur Regenzeit um so wütendere Flutströme über die Ebene ergießen könnten. Die Verbreiter der Kartoffel in Europa wußten nicht, daß sie mit den mehligten Knollen zugleich die Skrofelkrankheit verbreiteten. Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht - sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.

Und in der Tat lernen wir mit jedem Tag ihre Gesetze richtiger verstehn und die näheren und entfernteren Nachwirkungen unsrer Eingriffe in den herkömmlichen Gang der Natur erkennen. Namentlich seit den gewaltigen Fortschritten der Naturwissenschaft in diesem Jahrhundert (Anm. gemeint ist das 19. Jahrhundert) werden wir mehr und mehr in den Stand gesetzt, auch die entfernteren natürlichen Nachwirkungen wenigstens unsrer gewöhnlichsten Produktionshandlungen kennen und damit beherrschen zu lernen. Je mehr dies aber geschieht, desto mehr werden sich die Menschen wieder als Eins mit der Natur nicht nur fühlen, sondern auch wissen, und je unmöglicher wird jene widersinnige und widernatürliche Vorstellung von einem Gegensatz zwischen Geist und Materie, Mensch und Natur, Seele und Leib, wie sie seit dem Verfall des klassischen Altertums in Europa aufgekommen und im Christentum ihre höchste Ausbildung erhalten hat..... Aber auch auf diesem Gebiet lernen wir allmählich, durch lange, oft harte Erfahrung und durch Zusammenstellung und Untersuchung des geschichtlichen Stoffs, uns über die mittelbaren, entfernteren gesellschaftlichen Wirkungen unsrer produktiven Tätigkeit Klarheit zu verschaffen, und damit wird uns die Möglichkeit gegeben, auch diese Wirkungen zu beherrschen und zu regeln.

Um diese Regelung aber durchzuführen, dazu gehört mehr als die bloße Erkenntnis. Dazu gehört eine vollständige Umwälzung unsrer bisherigen Produktionsweise und mit ihr unsrer jetzigen gesamten gesellschaftlichen Ordnung.”

Mit der Entwicklung des Kapitalismus nahm die Wirkung des Menschen auf die Natur zu. “Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.” (Kommunistisches Manifest 1848) Die Natur wird, wie alles andere, inklusive der Menschen bzw. ihrer Arbeitskraft, als verbrauchbarer Rohstoff, als Ware oder als gratis nutzbares Mittel mit der Aufgabe, den Profit zu mehren gesehen. Auch Umweltschutz und Ökoprodukte werden zur inzwischen sehr profitablen Ware.

Durch den technischen Fortschritt wird die Möglichkeit und die Notwendigkeit geschaffen die

Natur immer intensiver für die Produktion zu nutzen, zu verändern und zu zerstören. Der Kapitalismus ist "anarchisch", wie es Marx und Engels bezeichnen. D.h. dass nicht die kollektiven Bedürfnisse der Menschheit von Bedeutung sind, sondern für jeden individuellen Kapitalisten nur seine eignen, individuellen Bedürfnisse - und das ist ein möglichst hoher Profit. Da Profitmaximierung im Kapitalismus oberste Priorität ist, ist die Tendenz zum Raubbau an der Natur systemimmanent. Da die Interessen der Gesellschaft als ganzem von niemanden vertreten werden - der Staat ist nicht neutral, sondern ein Instrument der herrschenden, kapitalistischen Klasse - hat die Ware Natur oft keinen Preis, da ihre Nutzung bzw. Zerstörung keine direkten, sondern nur indirekte Folgen und damit Kosten verursacht. Dadurch hat aber, wie Engels in "Der Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen" beschreibt, Nachhaltigkeit im Rahmen einer kapitalistischen Produktionsweise keinen Platz: "Wo einzelne Kapitalisten um des unmittelbaren Profits willen produzieren und austauschen, können in erster Linie nur die nächsten, unmittelbarsten Resultate in Betracht kommen. Wenn der einzelne Fabrikant oder Kaufmann die fabrizierte oder eingekaufte Ware nur mit dem üblichen Profiten verkauft, so ist er zufrieden, und es kümmert ihn nicht, was nachher aus der Ware und deren Käufer wird. Ebenso mit den natürlichen Wirkungen derselben Handlungen. Die spanischen Pflanzler in Kuba, die die Wälder an den Abhängen niederbrannten und in der Asche Dünger genug für eine Generation höchst rentabler Kaffeebäume vorfanden - was lag ihnen daran, daß nachher die tropischen Regengüsse die nun schutzlose Dammerde herabschwemmt und nur nackten Fels hinterließen? Gegenüber der Natur wie der Gesellschaft kommt bei der heutigen Produktionsweise vorwiegend nur der erste, handgreiflichste Erfolg in Betracht;"

Hier erklärt Engels, dass die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Profitorientierung dazu führt, dass die Erkenntnis über die Wirkungsweise unseres Handels auf die Natur nicht dazu führen, diese Wirkungen "zu beherrschen und zu regeln". Die kapitalistische Produktionsweise wird also zu einem Hindernis für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt. Schritte, die unter dem Druck der Öffentlichkeit in Richtung Nachhaltigkeit gesetzt werden, sind oft nur symbolische Akte oder werden direkt auf die KonsumentInnen (=ArbeiterInnenklasse) abgewälzt. Die Schweiz hat im Jänner 2001 ein Roadpricing von bis zu 0,5 Euro/Kilometer für einen 40-Tonner auf allen Straßen eingeführt. Würden aber alle Umweltschäden in das Road pricing eingerechnet, dann würde ein Kilometer einem 40-Tonner vier Euro kosten. Die LKW-Maut in Österreich wird zu Preiserhöhungen führen, die auch über den tatsächlichen zusätzlichen Kosten liegen werden. Angesichts der weltweiten Krise des Kapitalismus müssen wir davon ausgehen, dass die Umweltzerstörung sich weiter beschleunigen wird. Die internationale Konkurrenz zwischen den Unternehmen steigt. Um die Profite zu sichern wird versucht, die Kosten zu senken um wettbewerbsfähig zu bleiben. Umweltschutz ist ein Kostenfaktor der rasch eingespart wird. Der Druck der Konzerne, bereits existierende Umweltauflagen zu beseitigen, steigt. Die Bestrebungen der internationalen Organisationen des Kapitalismus - WTO, GATS, etc. - gehen in diese Richtung. Das GATS hat das Ziel, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren. Die Privatwirtschaft ist aber nicht in der Lage, eine gesunde Umwelt zu gewährleisten. Seitdem im Großraum London das Bussystem privatisiert wurde, sind die Preise um 25 gestiegen, die Anzahl der Fahrgäste aber um 25% zurückgegangen. Die Privatisierung des Wassers in Südafrika hat zu explodierenden Preisen geführt - bis zu 90% der Bevölkerung ist in manchen Teilen vom Zugang zu sauberem Wasser ausgeschlossen. Jüngst sind in Folge bei einer Cholera-Epidemie 250.000 Menschen erkrankt und mindestens 300 gestorben.

MarxistInnen als WachstumsfanatikerInnen?

Erst im Sozialismus, meinen Marx und Engels, wird die Menschheit wirklich frei sein. "Das

Proletariat ergreift die öffentliche Gewalt und verwandelt kraft dieser Gewalt, die den Händen der Bourgeoisie entgleitenden gesellschaftlichen Produktionsmittel in öffentliches Eigentum. Durch diesen Akt befreit es die Produktionsmittel von ihrer bisherigen Kapitaleigenschaft und gibt ihrem gesellschaftlichen Charakter volle Freiheit, sich durchzusetzen. Eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan wird nunmehr möglich. Die Entwicklung der Produktion macht die fernere Existenz verschiedener Gesellschaftsklassen zu einem Anachronismus. In dem Maß, wie die Anarchie der gesellschaftlichen Produktion schwindet, schläft auch die politische Autorität des Staats ein. Die Menschen, endlich Herren ihrer eignen Art der Vergesellschaftung, werden damit zugleich Herren der Natur, Herren ihrer selbst - frei."

An diesem "frei" hat sich viel Kritik festgemacht. Ein häufiger Vorwurf ist, dass MarxistInnen Wachstumsfanatiker wären und die Natur beherrschen wollten, dass sie sich eben zu "Herren über die Natur" machen wollen. Die katastrophale Umweltzerstörung in den stalinistischen Staaten wird hierfür als Argument angeführt.

MarxistInnen erklären, dass es im Sozialismus zu einem unbegrenzten Wachstum der Produktivkräfte kommen wird. Das bedeutet aber nicht unbegrenztes Wachstum an Masse. Es bedeutet also nicht, dass im Sozialismus jeder 5 Autos haben wird, dass wir alle, auch die kürzesten Strecken im Flugzeug zurücklegen werden oder uns monatlich völlig neu einkleiden. Produktivkräfte kann nicht mit Produktion gleichgesetzt werden, sondern eher mit Produktionsmöglichkeiten, wobei das auch den technischen Fortschritt beinhaltet. "Die Entwicklung der Wissenschaft, dieses ideellen und zugleich praktischen Reichtums", wird zur "Form, worin die Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte, i.e. des Reichtums erscheint." (Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie 1858) Und damit die Möglichkeit, ökologischer zu produzieren. Heute würden wir sagen "Qualität statt Quantität". Mit Freiheit ist nicht gemeint, wie Engels ja an anderer Stelle deutlich macht, sich über die Natur zu erheben, sondern eben unser Wirken in ihr zu verstehen und "zu beherrschen und zu regeln".

Im "Anti-Dühring" schreibt Engels 1878: "Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis der Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit, sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. Es gilt dies sowohl auf die Gesetze der äußeren Natur, wie auf diejenigen, welche das körperliche und geistige Leben der Menschen selbst regeln - zwei Klassen von Gesetzen, die wir höchstens in der Vorstellung, nicht aber in der Wirklichkeit voneinander trennen können."

Schon heute gäbe es viele Möglichkeiten ökologischer zu leben und zu produzieren - nur werden diese meist nicht genutzt, weil sie nicht profitabel sind. Auch wird aus Profitgründen wenig in diese Richtung geforscht - vier von fünf ForscherInnen sind in der Rüstung tätig und in den USA fließen über 50% der Ausgaben für Forschung und Entwicklung in diesen Sektor. Marx und Engels beschreiben, dass der Kapitalismus zu einem Hindernis für die Entwicklung der Produktivkräfte geworden ist. Lobbies kaufen Patente auf und verhindern so die Realisierung umweltverträglicher Produktionen etc. Schon allein die vernünftige Anwendung bereits existierender Technologien würde ausreichen, um zumindest die Grundbedürfnisse aller Menschen zu befriedigen.

Die Tatsache, dass sich die KFZ-Technologie in den letzten 100 Jahren nichts wesentliches verändert hat, dass es noch immer keinen Impfstoff gegen Aids gibt, zeigen das. In einer sozialistischen, geplanten Wirtschaft können alle Ressourcen in einer für die Gesamtheit optimalen Form eingesetzt werden. Waren werden nicht produziert, damit sie verkauft werden, sondern nur wenn ein Bedarf danach existiert. Schon heute könnten viele Produkte in viel besserer Qualität erzeugt werden - von Feinstrumpfhosen, über Glühbirnen bis zu Wohnhäusern. Aber im Kapitalismus ist nicht erwünscht, dass Produkte lange halten. Im Gegenteil, werden sie doch extra als "Wegwerfprodukte" erzeugt, um mehr davon verkaufen zu können. In der DDR, die kein

Sozialismus war, aber eine nicht-kapitalistische, geplante Wirtschaft hatte, gab es aufgrund des Mangels an Rohstoffen ein gut funktionierendes Recycling-System. Nach der Eingliederung in die BRD wurde dieses abgeschafft, der Markt mit West-Produkten inklusive aufwendiger Verpackung überschwemmt und die Müllmenge im Osten Deutschlands hat sich seither verdreifacht. In einer sozialistischen, geplanten Wirtschaft werden die Bedürfnisse der Menschen nach einer sauberen Umwelt und gesundem Essen berücksichtigt. Anfangs käme es zu großen Umwälzungen, um den Lebensstandard der Menschen in den ärmeren Staaten auf ein menschenwürdiges Level zu bringen. Doch das bedeutet nicht, dass mehr produziert werden muss, sondern dass besser verteilt werden muss. Es gibt bereits jetzt weltweit genug zu essen, um alle Menschen zu ernähren - nur werden heute Lebensmittel zerstört, um die Preise hoch zu halten. So könnten selbst nach dem heutigen Stand der Agrarwirtschaft zwölf Milliarden Menschen ernährt werden (bei sechs Milliarden Weltpopulation), während allein im Jahr 1998 900 Millionen Menschen an Unterernährung gestorben oder schwer erkrankt sind.

Es würde nicht - um das häufig gebrachte Beispiel zu nennen - jeder Chinesin/e statt eines Fahrrades ein Auto haben, und damit ein neues Umweltproblem erzeugen. Sondern es wird weltweit das öffentliche Verkehrssystem ausgebaut und verbessert und kostenlos nutzbar gemacht werden. Es wird auch nicht zu einer "Überbevölkerung" kommen, da es heute in jenen Regionen der Erde viele Kinder gibt, in denen Armut herrscht und staatliche Altersvorsorge fehlt.

Die Gier, die im Kapitalismus existiert, der Wunsch, immer mehr haben zu wollen, ist das Ergebnis von Mangel, das die Klassengesellschaft mit Armen und Reichen produziert. (Dazu mehr in der SLP-Broschüre "Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?") Im Sozialismus werden die Menschen nicht auf einmal alle "gut" sein - aber der Mangel wird abgeschafft und damit auch die Notwendigkeit zu horten. Niemand kommt auf die Idee etwas zu horten, dass im Überfluss vorhanden ist!

Warten auf den Sozialismus?

Das Bild, das von SozialistInnen und MarxistInnen existiert, ist oft von den Erfahrungen mit Gewerkschaften, die Arbeitsplätze gegen Umwelt ausspielen und von dogmatischen Gruppen, die eine starre Trennung zwischen dem Kampf heute und einer sozialistischen Gesellschaft sehen, geprägt. Beides ist falsch. SozialistInnen setzen sich für jede Verbesserung für die ArbeiterInnenklasse ein. Und wo von Seiten des Kapitalismus ein Widerspruch geschaffen wird - Arbeitsplätze gegen Umwelt - müssen wir alternative Konzepte entwickeln und erklären, wie diese erkämpft und finanziert werden können. Wenn ein großes Kraftwerk aus ökologischen Gründen nicht gebaut wird, können stattdessen Arbeitsplätze im Bereich alternativer, erneuerbarer Energieformen und im Energiesparektor geschaffen werden. Wir sind nicht gegen Mülltrennung - aber wir sehen deren Grenzen in einer kapitalistischen Welt, wo wir unseren Müll trennen, der aus Profitgründen produziert und dann aus Profitgründen verbrannt wird. Eine saubere Umwelt beginnt nicht nur "bei uns selbst" sondern ist das Ergebnis des gemeinsamen Kampfes gegen das System, dass diese Umwelt aus Profitgründen zerstört. Individuelles Verhalten zum Angelpunkt des Umweltschutzes zu machen, muss auf Dauer zu Frust und Resignation führen. Es ist zwar notwendig, dass die Menschen ihr individuelles Verhalten gegenüber der Umwelt ändern, aber noch viel wichtiger ist es, die politische Massenbewegung gegen die Umweltzerstörung zu stärken, aufzubauen und den Kampf mit jenem für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden.

Die Idee, die Funktionsweise des Kapitalismus zu nutzen, um ihn ökologischer zu machen - also

umweltschädliche Produktion zu verteuern, so das es billiger ist, umweltfreundlich zu produzieren - ist bestechend, aber eine Illusion. Sie geht davon aus, dass der Staat ein neutrales Instrument im Sinne der Allgemeinheit wäre, der diese Regelungen durchsetzt. Tatsächlich hat der Staat aber die Aufgabe, die Interessen der herrschenden Klasse - d.h. heute der KapitalistInnen - durchzusetzen. Selbst in jenen Fällen, wo der Kapitalismus sich für Umweltschutz einsetzt, muss die ArbeiterInnenklasse dafür - direkt durch höhere Preise oder indirekt durch den Einsatz von Steuergeldern - dafür zahlen. Und inzwischen ist der Ökosektor auch zu einem neuen, profitablen Wirtschaftszweig geworden - der aber nichts daran ändert, das in anderen Bereichen weiterhin die Umwelt zerstört wird. Auch wenn der Kapitalismus manchmal gezwungen ist, dem ärgsten Raubbau zu beschränken, so werden damit Schäden nicht verhindert, sondern sind dafür bereits erfolgte, massive und meist irreperable Schäden überhaupt erst die Voraussetzung. Auch das nicht neu, und schon 1913 bei Rosa Luxemburg in "Die Akkumulation des Kapitals" beschrieben:

"Gleich die ersten paar Jahrzehnte der unumschränkten Wirtschaft der Großindustrie haben eine so vernichtende Wirkung auf die Gesundheit und Lebensumstände der arbeitenden Volksmasse ausgeübt, eine so ungeheure Sterblichkeit, Kränklichkeit, physische Verkrüppelung, geistige Verwahrlosung, epidemische Krankheiten, militärische Untauglichkeit erzeugt, daß der Bestand selbst der Gesellschaft aufs tiefste bedroht erschien. Es war klar, daß, falls dem naturwüchsigen Drang des Kapitals nach Mehrwert nicht vom Staate Zügel angelegt werden, er über kurz oder lang ganze Staaten in Riesenkirchhöfe verwandeln wird, auf denen nur Knochen der Arbeiter sichtbar wären. Aber ohne Arbeiter keine Ausbeutung der Arbeiter. Das Kapital mußte also im eigenen Interesse, um sich für die Zukunft die Ausbeutung zu ermöglichen, der Ausbeutung in der Gegenwart einige Schranken setzen."

Im Kapitalismus wird oft versucht - auch von Seiten der Grünen - Umweltschutz durch Strafzahlungen zu erreichen. Diese bedeuten aber oft - v.a. beim Fehlen von Alternativen - nur eine weitere Umverteilung von unten nach oben. Wenn z.B. durch Ökosteuern das Benzin verteuert wird dann wird die ArbeiterInnenklasse doppelt getroffen: 1) werden die teureren Transportkosten vom Handel direkt an die KonsumentInnen weitergegeben, d.h. Milch, Fernseher und Slipeinlagen werden teurer. 2) müssen ArbeitnehmerInnen, die aufgrund eines unzureichenden oder teuren öffentlichen Verkehrsnetzes mit dem Auto fahren, einen großen Teil ihres Einkommens für Transportkosten abliefern. Für uns als SozialistInnen ist die Antwort daher nicht "Ökosteuern" sondern z.B. in der Frage des Transportes der Ausbau des Öffentlichen Verkehrswesens, die Einführung von Nulltarifen sowie die Abschaffung von Massensteuern (Mehrwertssteuer) und eine hohe Gewinn- und Vermögensbesteuerung. (Mehr in der SLP-Broschüre "Krise des Kapitalismus - Wer soll das bezahlen? Sozialistische Antworten auf Sozialabbau und Armut"). Unternehmen, die Rücksichtslos die Umwelt zerstören sollen enteignet werden und unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten und KonsumentInnen zum Wohle der Allgemeinheit umgerüstet und weitergeführt werden. Die Vergesellschaftung der Produktionsmitteln bietet aber nur eine der notwendigen Voraussetzungen für eine ökologisch verantwortliche Produktionsweise. In den stalinistischen Staaten gab es keine Demokratie, die Bürokratie war ein Hindernis auch für eine ökologische Produktionsweise und das war eine der wichtigsten Ursachen für die katastrophale Umweltzerstörung. Auch aus Gründen des Umweltschutzes ist Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft von zentraler Bedeutung. Nur wenn alle Menschen ihre Bedürfnisse, und damit ihren Wunsch nach einer sauberen Umwelt, einbringen können, werden diese auch berücksichtigt. Nur in einer demokratisch geplanten Wirtschaft stehen die Bedürfnisse der Menschheit als Ganzem an oberster Stelle. Nur ein freier Mensch in einer sozialistischen Gesellschaft kann seine geistigen und kreativen Fähigkeiten voll entfalten. Dass aber ist die Voraussetzung für Forschung und Entwicklung, für die Neuorganisation und Umgestaltung der Produktion nach ökologischen Gesichtspunkten.

Umweltschutz ist ein zentrales Thema für die Zukunft der Menschheit: so falsch es ist, dessen Lösung auf den Sozialismus zu verschieben, so falsch ist es, zu glauben, es könnte im Rahmen des Kapitalismus gelöst werden. Zur Rettung der Umwelt sind wir gezwungen, den Rahmen des kapitalistischen Systems zu sprengen. Der Raubbau an der Umwelt ist ein fixer Bestandteil des Kapitalismus, und der Kampf dagegen ist Teil des Kampfes für eine vollständige Umwälzung unserer Gesellschaftsordnung und unseres Staatsapparates.

Der Sozialismus ist nicht das "Paradies auf Erden", aber erst im Sozialismus beginnt die eigentliche Geschichte der Menschheit, wo sie frei von Ausbeutung und Unterdrückung - und im Einklang mit der Natur - ihr eigenes Geschick in die Hand nimmt.

Abonnieren Sie

Vorwärts

Die Zeitung der Sozialistischen Linkspartei



10 Ausgaben nur EUR 18,00
(Sozialpreis EUR 10,00)

Zu bestellen bei:

SLP, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien
Tel. 01-524 63 10, slp@slp.at

Mehr Informationen: www.slp.at

KÄMPFEN SIE MIT DER SLP FÜR SOZIALISMUS

Die Sozialistische LinksPartei ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Wir sind ein aktiver Teil der Bewegungen gegen Krieg (z.B. Irak), Sozialabbau (z.B. Pensions"reform" 2003), Angriffe auf Frauenrechte (Lucina-Kampagne, 2000-?) und den Kapitalismus an sich (z.B. Salzburg, 2000 und 2001).

Die SLP ist Anfang 2000 von den Mitgliedern der Sozialistischen Offensive Vorwärts SOV gegründet worden. Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jahren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, wir wollen sie vor allem dafür gewinnen, mit uns für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die SLP ist "anders", wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unserer Mitglieder und UnterstützerInnen.

Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des "Komitees für eine ArbeiterInneninternationale" CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.

Sie haben in dieser Broschüre - unserem Parteiprogram - viel über uns erfahren. Wenn Sie unsere Standpunkte teilen oder zumindest interessant finden, sind Sie bei uns richtig. Rufen Sie uns an, diskutieren wir das Programm der SLP.

Werden Sie Mitglied in der Sozialistischen LinksPartei und dem Komitee für eine ArbeiterInneninternationale.

Kämpfen Sie mit uns für Sozialismus.

Tel.: 01/ 524 63 10 | E-Mail: slp@slp.at | Web: www.slp.at

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	3
NACHHALTIGE ENTWICKLUNG DURCH WIRTSCHAFTLICHE PLANUNG	5
“Freiwillige Partnerschaften”	5
Kuhhandel, Hinterzimmerabkommen und Einschüchterung	6
Der Charakter des Problems	8
Treibhauseffekt	9
Verstrahlung durch atomare Abfälle	9
Zerstörung der Ozonschicht	10
Das Ausmaß des Problems.	10
Ist nachhaltiges Wachstum auf kapitalistischer Grundlage möglich?	11
Eigentumsrechte	12
Frei handelbare Verschmutzungsrechte	12
Ökosteuern	12
Kosten-Nutzen-Analyse.	13
Beschränkungen für den Kapitalismus	14
Kyoto	14
Direkte staatliche Intervention	15
Neue Technologien	15
Das Nachhaltigkeits-Programm der Umweltbewegung	16
Kleiner stationärer Markt	16
Das Grüne Wachstumsprogramm	18
Ökosozialismus	19
Ein Sozialistisches Programm für die Umwelt	20
Freiheit beginnt, wo die Notwendigkeit endet	21
Stationäres Gleichgewicht	21
Ein sozialistischer Plan für Nachhaltigkeit	23
Woher werden die Ressourcen für nachhaltiges Wachstum kommen?	24
Die Methoden sozialistischer Planung	25
Planung und Umwelt	27
Lehren aus der Sowjetunion	29
Ein Programm für nachhaltiges Wachstum	30
HINTERGRUNDLITERATUR	32
ANHANG	33
Berechnungen unter Verwendung der Commoner-Erlich-Gleichung.(Quelle: Ekins 2000)	33
MARXISMUS UND UMWELTSCHUTZ	35
Marx, Engels und die Ökologie	35
MarxistInnen als WachstumsfanatikerInnen?	37
Warten auf den Sozialismus?	39

Preis: EUR 4,00 Solidaritätspreis: EUR 6,00